Nr. 13. Halle (Saale), Montag, den 17. Januar 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 70 Pf. frei ins Haus. Durch die Post gleichfalls 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Barz 49/44. Fernsprecher 838. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Nonpareillezeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (93 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Barz 49/44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 16. Januar 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein feindlicher Monitor feuerte wirkungslos in die Gegend von Westende. — Die Engländer schossen in das Stadtinnere von Lille; bisher ist nur geringer Sachschaden durch Brand festgestellt. — An der Front stellenweise lebhafte Feuerkämpfe und Sprengtätigkeit.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

•

Großes Hauptquartier, 17. Januar 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

In der Stadt Lille wurden durch das feindliche Artilleriefeuer 16 Bewohner getötet und verwundet.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Schneestürme behinderten auf dem größten Teile der Front die Gefechtstätigkeit. Es fanden nur an einzelnen Stellen Patrouillenkämpfe statt.

Balkan-Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

•

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 15. Januar. Russischer Kriegsschauplatz. Die Neujahrsschlacht in Ostgalizien und an der bessarabischen Grenze dauert fort. Wieder war der Raum von Toporoutz und östlich von Narancze der Schauplatz eines erbitterten Ringens, das alle früheren auf diesem Schlachtfeld sich abspielenden Kämpfe an Heftigkeit übertraf. Vielmal, an einzelnen Stellen sechsmal, führte der zähe Gegner gestern seine 12 bis 14 Glieder tiefen Angriffskolonnen gegen die heißumstrittenen Stellungen vor. Immer wieder wurde er — nicht selten im Nahkampfe mit dem Bajonett — zurückgeworfen. Für die Verluste des Feindes gibt die Tatsache, daß im Gefechtsraum einer österreichisch-ungarischen Brigade über 1000 russische Leichen gezählt wurden, einen Maßstab. 2 russische Offiziere und 240 Mann wurden gefangen genommen. Die braven Verteidiger haben alle ihre Stellungen behauptet, die Russen nirgends auch nur einen Fuß breit Raum gewonnen. An der Strypa und in Wolhynien keine besonderen Ereignisse. Am Kormyn wies Wiener Landwehr einen überlegenen russischen Vorstoß ab.

In dem Berichte vom 16. Januar wird mitgeteilt: Die neuerliche schwere Niederlage, die die Russen an ihrem Neujahrstag an der bessarabischen Grenze erlitten haben, führte gestern wieder zu einer Kampfpause, die zeitweise durch Geschützfeuer wechselnder Stärke unterbrochen war.

Montenegrinischer Kriegsschauplatz.

Den geschlagenen Feind verfolgend, haben gestern unsere Streitkräfte mit ihrem Südflügel Spizza besetzt. In Cetinje wurden 154 Geschütze verschiedenen Kalibers, 10 000 Gewehre, 10 Maschinengewehre und viel Munition und Kriegsmaterial erbeutet. Die Zahl der bei den Kämpfen um das Lovcengebiet erbeuteten Geschütze erhöhte sich auf 45. Die Zahl der gestern eingebrachten Gefangenen beträgt 300. Südlich von Berane, wo der Gegner noch zähen Widerstand leistet, erstürmten unsere Bataillone die Schanzen auf der Höhe Gradina.

Nördlich von Grahovo sind Verfolgungskämpfe im Gange. Unseren Truppen fielen in diesem Raume 250 Montenegriner und ein gefülltes Munitionsmagazin in die Hand. Die Zahl der in den letzten Tagen bei Berane eingebrachten Gefangenen übersteigt 500.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das feindliche Artilleriefeuer gegen die Räume von Malborghetto und Raibl setzte auch gestern wieder ein und war vornehmlich gegen Ortschaften gerichtet. Am Görzer Brückenkopf entrissen unsere Truppen den Italienern eine seit der letzten Schlacht stark ausgebaute und besetzte Stellung bei Oslavija. Die Eroberung bei Oslavija brachte 923 Gefangene, darunter 31 Offiziere, 3 Maschinengewehre und 3 Minenwerfer ein. Auch am Tolmeiner Brückenkopfe nahmen unsere Truppen einen feindlichen Graben. An der Tiroler Front waren die Artilleriekämpfe in den Abschnitten von Schluderbach und Lafraun-Vielgereuth lebhafter.

Türkische Meldungen.

An der Kaukasusfront erneuerte der Feind, wie das türkische Hauptquartier berichtet, in der Nacht zum 14. Januar und während des 14. mit seinen Hauptkräften die heftigen Angriffe auf den Abschnitt südlich des Aras bis zum Karmanpaß und auf den Raum zwischen diesem ersten Abschnitt und dem Südauf des Aras bis zum Karatagbberg. Alle diese Angriffe wurden angehalten und erfolgreich zurückgeschlagen dank des energischen Widerstandes unserer Truppen. Die in jedem Abschnitt gemachten Gefangenen erzählen, daß die angreifenden russischen Regimenter schreckliche Verluste erlitten.

An der Dardanellenfront beschoß am 14. Januar ein feindliches Schiff zweimal ohne Erfolg Sedd ul Bahr. Unsere Marineflugzeuge warfen Bomben auf die feindlichen Schiffe in Mudros. Unter der bei Sedd ul Bahr gezählten Beute befinden sich 15 Kanonen verschiedener Kaliber, eine große Menge von Munition, mehrere hundert Munitionswagen, 2000 gewöhnliche Wagen, mehrere Automobile, Fahrräder, Motorräder, eine große Menge von Material, Genietwerkzeuge, Tiere, über 200 kegelförmige Zelte Ambulanzen, vollständiges Sanitätsmaterial, Medizinkästen, 50 000 wollene Decken, eine große Menge von Konserven, Millionen Kilo Gerste und Hafer, kurz Gegenstände im Werte von mindestens zwei Millionen Pfund. Wir entdecken immer noch eine Menge von vergrabenen oder ins Meer geworfenen Gegenständen.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Die Offensive in Montenegro bringt die Oesterreicher ihrem Ziele der Eroberung von ganz Montenegro immer näher. Schneefall und große Kälte erschweren zwar die Operationen und verlangsamen den Vormarsch, aber dennoch geht es gut vorwärts. Der von Dudu aus vorgerückte Flügel, der über San Stefano, Castell Astua und Sutomore zur Bucht von Spizza vorgedrungen ist, hat den ganzen dalmatinischen Küstenstreifen gesäubert und bedroht Antivari. Von dem wichtigen montenegrinischen Hafen sind die österreichischen Truppen kaum mehr 10 Kilometer entfernt.

Am stärksten wird man von den österreichischen Erfolgen natürlich in Italien beunruhigt. Der italienische Minister ohne Portefeuille Barzilai nannte in einer Rede den Zusammenbruch Montenegros einen „schmerzlichen Schicksalsschlag in der gemeinsamen Bilanz des Vierverbandes." Daß Italien so gar nichts tat, um diesen „schmerzlichen Schicksalsschlag" abzuwenden, das trägt ihm jetzt die Vorwürfe seiner Bundesgenossen ein. Namentlich die französische Presse hält nicht mit ihrer Meinung zurück. So schreibt der Pariser Temps u. a. noch: „Italien hat sich die Gelegenheit entgehen lassen und seine Angriffe gegen den Ifonzo und die Alpen gerichtet, ohne aus der Lowtschen-Stellung Vorteil zu ziehen, obgleich militärische und politische Gründe das dringend empfahlen. Diese Nachlässigkeit ist ein Glied in der Kette von Fehlern, welche die Balkanpolitik der Alliierten kennzeichnen und die erst wir durch die Besetzung Salonikis unterbrochen haben. Italiens Interessen in der Adria standen denen der Alliierten voran. Leider waren die Ereignisse schneller als die Maßnahmen gegen ihre Weiterentwicklung. Nun ist der Lowtschen verloren, Montenegro gehört zu den Staaten, die die Opfer Deutschlands geworden sind. . . ."

Und der Berner Bund urteilt in einer Besprechung der Balkanereignisse: „. . . . Klar ist, daß die Eroberung des Lowtschen und die Besetzung Korfus durch die Franzosen in Italien den stärksten Eindruck machen muß. Es war ein militärisch-politischer Grundfehl Italiens, daß der Lowtschen nicht in die Hand der Oesterreicher fallen dürfe. Vergeblich versuchten die Italiener, ihn zu erobern; nun müssen sie zusehen, wie die Schlüsselstellung des ostadriatischen Ufers in die Hand Oesterreichs fällt, welches noch im April 1915 willens war, eine starke Grenzberichtigung am Ifonzo eintreten zu lassen und auf den Lowtschen, zu selbst auf Albanien schon vollkommen verzichtet hatte. So hat der Krieg die Verhältnisse in der Adria vollständig umgestaltet. Es ist zum mindesten zweifelhaft, ob die Wage wieder einmal nach der anderen Seite ausschlägt."

In der französischen Presse versucht man, auf Italien einzuwirken, um es zur Teilnahme an dem Salonikiabenteuer zu bewegen. Salonikі sei der einzige Punkt, von dem aus Italien etwas zur Befreiung Montenegros und Serbiens unternehmen könne. Dabei setzt aber z. B. der Temps zweifelnd gar kein so großes Vertrauen auf das ganze Saloniki-Unternehmen. Haben die Vierverbandsmächte die Mittel, so fragt das Blatt, einen Angriffsfeldzug zu unternehmen, oder müssen sie sich auf die Verteidigung beschränken? — Ueber diese lange Frage wird man wohl auch bald Klarheit bekommen. Einstweilen setzt der Vierverband

die Vergewaltigung Griechenlands

in verstärktem Maße fort. So wird über Sofia aus Athen „vertrauenswürdig" gemeldet, daß am Donnerstag im Athener Kriegshafen Phaleron Truppen des Vierverbandes ausgeschifft wurden. Privatnachrichten besagen überdies, daß auch in Korinth Truppen der Verbündeten landeten.

Diese Nachrichten im Verein mit der Blockade der griechischen Häfen, die die Zufuhr der Lebensmittel vom Willen des Vierverbandes abhängig macht, werden, der Voss. Ztg. zufolge, in Sofia als Entschluß des Vierverbandes aufgefaßt, die Maske fallen zu lassen und Griechenland unter Anwendung von Gewalt zum Anschluß und zum aktiven Eingreifen gegen die Mittemächte zu zwingen. Man hält es sogar für möglich, daß der Vierverband Gewaltmaßregeln gegen König Konstantin unternimmt, um das Land in die Revolution zu stürzen. Trotzdem glauben die Sofioter maßgebenden Kreise, daß auch dieser Verzweiflungsschritt den Verbündeten nichts nützen wird.

•

Die vergebliche russische Offensive in Bessarabien. Wie aus dem österreichischen Kriegspressequartier gemeldet wird, kamen in Bessarabien die russischen Angreifer nicht um einen Schritt weiter. Ihre Gesamtverluste seit Weihnachten beziffern sich auf 70 000.

Eine englische Ansicht. London, 16. Januar. Die Times schreibt in einem Leitartikel: Wir bekommen jetzt allmählich die notwendige Munition. Die Abstimmung vom Mittwoch sichert uns die notwendigen Mannschaften; aber wir haben noch für den regelmäßigen Zufluß der notwendigen Geldmittel zu sorgen. Das Blatt gibt zu, daß die Erklärung Delbrücks richtig gewesen sei, daß Deutschland genug Lebensmittel bis zur nächsten Ernte habe. Wir dürfen nicht erwarten, daß der Friede bald kommt, so heißt es weiter, oder daß er durch einen wirtschaftlichen Druck kommen wird. Der Friede wird kommen, wenn wir Deutschland im Felde geschlagen haben.

Reichstag.

Sonnabend, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der gesetzlichen

Vorschriften über die Altersrenten.

Die Kommission hat einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Bereits bei Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung habe ich die Auffassung vertreten, daß es sich hier um keine grundsätzliche, sondern um eine zweckmäßigkeitsfrage handelt und daß es auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung wichtigere Ziele zu erreichen gibt. Man muß doch berücksichtigen, daß es neben der Altersrente die Invaliditätsrente gibt, die gewährt wird, wenn der Betreffende tatsächlich Invalide geworden ist. Das gilt auch heute noch. Ich hatte den verbündeten Regierungen zunächst empfohlen, **eine Herabsetzung der Altersgrenze im Augenblick nicht eintreten zu lassen,** weil ich mit dem Reichsschatzsekretär der Meinung war, daß es jetzt mitten im Kriege schwer sein werde, die Grundlagen zu finden, auf denen man diese Herabsetzung aufbauen könnte. Es ist ja auch unzweckmäßig, jetzt eine Erweiterung unserer sozialpolitischen Leistungen eintreten zu lassen, wo wir noch nicht übersehen können, was nach dem Friedensschluß auf diesem Gebiete an anderen, vielleicht wichtigeren Aufgaben an uns herantreten wird. Nachdem aber die Kommission einstimmig sich für die Herabsetzung ausgesprochen hat, habe ich mich alsbald im Einvernehmen mit dem Reichsschatzsekretär an **die Neubearbeitung der Sache gemacht** und werde mit größter Beschleunigung den verbündeten Regierungen Gelegenheit geben, erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ueber das Ergebnis wird dem Reichstag bei seiner nächsten Tagung ein Bericht zugehen.

Abg. Mulkenbuhr (Soz.):

Da alle Parteien des Hauses einig sind, ist es überflüssig, ausführlich auf die Sache einzugehen. Aber einige Gesichtspunkte möchte ich doch anführen, die von den verbündeten Regierungen in Betracht gezogen werden müssen. Beim Privatangestellten-Versicherungsgesetz ist bekanntlich beschlossen, daß **die Privatangestellten mit dem 65. Lebensjahr in den Genuß der Rente kommen.** Die Reichsversicherungsordnung und das Privatangestellten-Gesetz sollen sich aber ergänzen. Alle Angestellten mit einem Einkommen von weniger als 2000 Mk. sind sowohl auf Grund der Reichsversicherungsordnung wie auf Grund des Privatangestellten-Versicherungsgesetzes versichert. Also für die Privatangestellten, die weniger als 2000 Mk. haben, tritt in diesem Fall eine Lücke ein, wenn in dem einen Gesetz das 65., in dem anderen Gesetz das 70. Lebensjahr als Grenze für den Bezug der Altersrente steht. Ferner hat die jetzige Altersgrenze für die Arbeiter das Bedenkliche, **daß der alte Arbeiter sehr schwer noch Arbeit findet.** Selbst wenn er noch eine gewisse Leistungsfähigkeit besitzt, wird er doch meist von vornherein zurückgewiesen. So kann es kommen, daß er auch den Anspruch auf Invaliditätsrente verliert. Deshalb ist es dringend notwendig, daß ihm auf jeden Fall beim Eintritt des 65. Lebensjahres eine gewisse Beihilfe gegeben wird. Die Leute über 65 Jahre sind in vielen Fällen noch nicht invalide, stehen aber an der Grenze der Invalidität. Die Mittel für die Herabsetzung der Altersgrenze müssen zu beschaffen sein. Im Jahre 1890 hat man angenommen, daß man mit den damaligen Beiträgen nicht auskommen würde, daß eine wesentliche Erhöhung notwendig sein würde. Aber die Beiträge sind nicht erhöht. Die Invaliditätsgrenze ist herabgesetzt, das Heilverfahren ist eingeführt und trotzdem **sind noch große Ueberschüsse erzielt worden.** Das Vermögen der Landesversicherungsanstalten ist **auf über 2 Milliarden gewachsen.** Man kann mit Sicherheit damit rechnen, daß die Zinseinnahmen ausreichen werden, um das zu decken, was die Herabsetzung der Altersgrenze an Mitteln erfordern wird. Gewiß wird auch der Krieg eine erhebliche Belastung der Versicherungsanstalten zur Folge haben. Aber um diese aufzubringen, muß das ganze Reich mit seiner ganzen Kraft eintreten, darunter darf die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente nicht leiden. Schließlich möchte ich die Regierung ersuchen, die alte Bestimmung in die Reichsversicherungsordnung aufzunehmen, daß die Rentenansprüche, die aus der Militärdienstzeit abgeleitet werden, vom Reiche getragen werden. (Beifall bei den Soz.)

Die Abgg. Becker-Arnsberg (Zentr.), Bassermann (natlib.), Weinhausen (Volksp.), Dr. Oertel (kons.) und Mumm (Wirtsch. Vgg.) erklären ihre Zustimmung zur Herabsetzung der Altersgrenze.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Die dritte Beratung der gesetzlichen Vorschriften über die Altersrente wird auf Antrag Bassermann (natlib.), dem sich Abg. Scheidemann (Soz.) anschließt, vorbehalten, damit, falls die Regierung einen Gesetzentwurf nicht einbringt, ein solcher bei der dritten Lesung vom Hause ausgearbeitet werden kann.

Es folgt die Beratung über

Besoldungsfragen.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.), die Löhnung der in Feindesland stehenden Mannschaften ab 1. Dezember 1915 auf 80 Pf., für die im Inland befindlichen auf 50 Pf. festzusetzen, sowie die bisher bezahlten Zulagen den Mannschaften auch weiterhin zu gewähren. Zu der Resolution der Kommission, die eine weitere Reform der Kriegsbesoldungsordnung wünscht, beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) den Zusatz, daß **die Gehälter der Offiziere einer Revision unterzogen werden** und daß Zulagen beseitigt werden, denen eine erhebliche Mehrleistung nicht gegenüber steht. Weiter beantragen die Abgg. Albrecht und Gen., daß die Resolution, die die Erhöhung des Beschäftigungsgeldes für alle Mannschaften und Unteroffiziere auf 1,20 Mk. pro Tag erhöhen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191601 17-11/fragment/page=0001

will, dem Reichskanzler nicht als Material, wie die Kommission wünscht, sondern zur Berücksichtigung überwiesen wird.

Abg. Stücklen (Soz.):

Im August hat der Reichstag verlangt, daß eine sofortige allgemeine Revision der Kriegsbesoldungsordnung veranlaßt und daß dem Reichstag ein Gesetzentwurf über die Kriegsbesoldungsordnung vorgelegt wird. Nur die äußerste Rechte war dagegen, weil sie die Kriegsbesoldungsordnung (K.-B.-O) für **einen Ausfluß der kaiserlichen Kommandogewalt** hält. Einen solchen Gesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen, war ohne umfangreiche Arbeit möglich, es genügt, die jetzige K.-B.-O. vorzulegen, wir werden dann schon dafür sorgen, daß etwas Vernünftiges herauskommt, wobei auch auf die Finanzkraft des Reiches Rücksicht genommen wird. Bei der Reichsgründung konnten nicht sofort alle Materien gesetzlich geregelt werden, und deshalb sind die preußischen Bestimmungen zunächst bis zur gesetzlichen Regelung übernommen worden. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß die K.-B.-O. einer gesetzlichen Regelung nicht bedarf. Gewiß muß die Militärverwaltung im Kriege im großen Umfange freie Hand haben, der Reichstag kann nicht vor Aufstellung irgendeiner Neuformation befragt werden. Darum werden die Kriegskredite als Pauschale bewilligt. Aber Ausgaben, die von vornherein festgestellt werden können, an denen der Kriegszustand nichts ändert, **kann und muß der Reichstag** festsetzen. Die Kommandogewalt des Kaisers erstreckt sich auf das ganze deutsche Heer, die K.-B.-O. aber konnte er als König von Preußen nur für das preußische Kontingent erlassen; daraus folgt schon, daß die K.-B.-O. mit der kaiserlichen Kommandogewalt nichts zu tun hat. Ueber die Verwendung der bewilligter Kriegskredite **muß dem Reichstag Rechnung gelegt werden.** Der Reichstag muß daher auch die Möglichkeit haben, auf Sparsamkeit zu dringen und das ist bei der K.-B.-O. möglich. Für den Standpunkt der Regierung, daß die K.-B.-O. Ausfluß der Kommandogewalt ist, findet sich in der ganzen Literatur nicht eine einzige zustimmende Stellung. In Januarheft der Deutschen Juristenzeitung ist von dem Senatspräsidenten Stutz betont, daß die K.-B.-O. weder dem Parlament vorgelegt, noch überhaupt publiziert worden ist. **Schon daraus ergibt sich ihre Ungesetzlichkeit.** Auch der Einwand des Herrn Bassermann, man könne die Frage im Kriege nicht regeln, trifft nicht zu. Bei der Revision, die die Regierung vorgenommen hat, hat sie die Bezüge der Offiziere und hohen Beamten nicht geändert, sondern sie hat unten angefangen. Das war natürlich unser Wunsch nicht. **Von den Beamten bezieht schon über 15 Monate lang doppelte Bezüge.** Der Krieg soll eher nicht dazu dienen, daß einzelne Kreise in der Lage sind, sich höhere Einkommen zu verschaffen, er darf nicht

eine Art Geldermerbsquelle sein.

Wir bemühen uns, jene Industriezweige zu fassen, die sich daheim aus dem Kriege ein Vermögen schaffen, um so unverantwortlicher wäre es, **diesen Zustand des doppelten Gehaltsbezuges zu dulden.** Massenhaft haben sich Beamte zu Beginn des Krieges zur Verfügung gestellt, sie nehme an, aus Begeisterung. Als aber gleich darauf der Landsturm aufgeboten wurde, hätten diese Leute auch als landsturmpflichtig behandelt und soweit nötig, zur Wahrnehmung der Beamtenstellen kommandiert werden müssen. Das wäre für sie zwar ein finanzieller Nachteil gewesen, sie waren aber immer noch besser dran, als die Leute, die draußen in den Schützengräben Kopf und Kragen riskierten. (Sehr richtig!) **Die Kriegsgerichtsräte beziehen 250 bis 600 Mk. monatlich; im Kriege, ganz ohne Rücksicht auf ihr Dienstalter, 830 Mk. Der Aelteste hat eine Zulage von 230 Mk., der Jüngste eine solche von fast 600 Mk.** Das widerspricht jedem Gefühl von Gerechtigkeit. Jetzt ist eine Revision dahin getroffen, daß die Jüngeren etwas erhöht sind, auf 500 Mark, der Aelteste ist aber noch geteiligt von 830 auf 849 Mk. Ebenso liegt es bei anderen Beamtenkategorien. **Für solche Steuerungen im gegenwärtigen Moment habe ich gar kein Verständnis.** Bei der Reform hat man nicht einmal die Zulagen in der Heimat gestrichen. **Der Senatspräsident beim Reichsmilitärgericht, dessen Arbeit durch den Krieg in keiner Weise vermehrt ist, bekommt eine Zulage von monatlich 187,50 Mark, sogar der Bibliothekar, der für den Krieg gar keine Bedeutung hat, 82,50 Mk. Wie will man derartige Zulagen rechtfertigen. Während die Gehälter der Offiziere nicht revidiert sind, sind eine ganze Anzahl schlecht bezahlter unterer Beamter noch mehr verschlechtert worden.** Besonders schlecht stehen auch die Offiziersstellvertreter, die von 150 auf 130 Mk. herabgesetzt sind. Wenn sie Offiziere zu vertreten haben, verlangt man von ihnen, daß sie denselben Aufwand treiben. **Ueberhaupt** handelt es sich hier um eine unglückliche Schöpfung. Die Herren haben den Wunsch, Feldwebel-Leutnants genannt zu werden. Dafür einzutreten, ist nicht meine Aufgabe, aber zweifellos ist es unbillig, daß sie bald wie Offiziere, bald wie Mannschaften behandelt werden.

Außer den Offizieren sind auch die Bezüge der Feldpfarrer nicht revidiert worden. **Diese beziehen monatlich 780 Mk. neben ihrem Zivileinkommen!** Im Reichsboten hat sich ein Pfarrer gegen diese Doppelbezahlung gewendet. Aber schon zwei Tage später antwortete ein anderer Pfarrer, der diese Doppelbezahlung mit einer ganzen Zahl von Gründen zu rechtfertigen suchte u. a. auch damit, daß den Pfarrern dadurch endlich die Möglichkeit gegeben ist, **aus ihren Gehältern herauszukommen.** (Große Heiterkeit.) Er sagt, wie soll denn ein Pfarrer, der Familie hat, bei 3200 Mk. außer freier Dienstwohnung ohne Schulden auskommen? Nun, dafür fehlt mir jedes Verständnis. Jedenfalls wäre es ein ganz neuer Grund, **daß man in den Krieg zieht, um seine Schulden zu bezahlen.** Ich kenne die Aufgabe der Feldpfarrer nicht, aber die ganze Art ihrer Tätigkeit ist doch so, daß man den Eindruck dafür nicht mit ihr zu nahe zusammenrücken soll. Die K.-B.-O. mit ihren hohen Sätzen ist auf einen ganz kurzen Krieg zugeschnitten, an einen Krieg von solcher Dauer hat zweifellos kein Mensch gedacht. Man sagt, die Offiziere müssen einen doppelten Haushalt führen, und entschuldigt damit die hohen Bezüge. Nun, wer im Schützengraben liegt, führt keinen doppelten Haushalt, und wer in der Etappe ist, wird das Unglück einer kleinen Einschränkung ertragen können. Während wir bei den Offizieren sparen wollen, beantragen wir,

den Mannschaften eine Erhöhung um etwa 50 Prozent zu geben,

was angesichts der außerordentlichen Preissteigerungen für alles, was die Soldaten sich kaufen müssen, Preissteigerungen von 100 und 200 Prozent, gewiß eine bescheidene Forderung ist. Gerade bei dieser Forderung für Soldaten sollte der Schatzsekretär nicht kein finanzielles, sondern sein warmes Herz zur Geltung kommen lassen. (Lebh. Zustimmung links.) Auch die Erhöhung des Verpflegungsgeldes wünschen wir der Regierung zur Berücksichtigung und nicht als Material überwiesen. Auch das Mannschaftsversorgungsgesetz muß eine wesentliche Verbesserung erfahren und auf alle Eingezogenen ausgedehnt werden, so daß auch diejenigen, die, ohne eine Dienstbeschädigung erlitten zu haben, während des Dienstes invalide geworden sind, eine Versorgung erhalten. — Stimmen Sie unseren Anträgen zu. Sie werden damit Freude und Begeisterung in den Schützengräben erwecken. **Lehnt die Regierung sie ab, so sollte der Reichstag Mittel anwenden, um die Regierung zu zwingen.** (Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Calker (natlib.): Die Kriegsbesoldungsordnung ist wirklich kein schönes Gesetz (Heiterkeit), aber ihre Reform verlangt viel Zeit und muß daher auf den Frieden verschoben werden. (Zustimmung bei den Natlib.)

Stellvertretender Kriegsminister v. Wandel: Die vom Reichstag im August noch verlangte Revision der Kriegsbesoldungsordnung ist in Angriff genommen worden und wird weiter durchgearbeitet. Der finanzielle Effekt der getroffenen Aenderungen, die auch in Abzügen bei den Offizieren bestehen, geht in die Dutzende von Millionen. Auf die strittige Frage der Rechtsgültigkeit der K.-B.-O. gehe ich nicht ein. Einfach tatsächlich die Mannschaftslöhne um 50 Prozent zu erhöhen, geht nicht an, es würden manche, die heute schon genügend entlohnt sind, dabei miterhöht werden. Auch wären die finanziellen Wirkungen sehr erheblich. Während des Krieges ist es ganz unmöglich, eine vollständige neue K.-B.-O. auszuarbeiten. Jedenfalls werden wir die K.-B.-O. gründlich prüfen und mit Vorschlägen (der Redner verbeugt sich) Mitteilungen über die getroffenen Aenderungen an den Reichstag beraten. Die sozialdemokratischen Anträge bitte ich abzulehnen, sie sind nicht durchführbar. (Beifall.)

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich: Es ist nicht richtig, daß wir bei der Reform der K.-B.-O. nur unten angefangen haben zu sparen. Es muß auch betont werden, daß mit dem Bezug von doppeltem Gehalt aufgeräumt worden ist. Wir sind also keineswegs so kalt und ablehnend, wie Herr Stücklen gemeint hat. Für den Mann draußen spielt die Geldbesoldung nur eine Nebenrolle, wichtiger ist für ihn, was er von der Truppe erhält und daß für seine Familie zu Hause alles Mögliche geschieht. Ueber das, was bisher schon geschehen ist, noch hinaus will ich gern mit dem Kriegsminister erneut verhandeln. Auf diesem Wege werden wir mit weniger Geld viel mehr leisten können, als mit einer Erhöhung der Mannschaftslöhne für die ganze Armee. Solchen Anträgen zu widersprechen, ist ja nicht leicht, aber ich werde mich von den strengen Bahnen meiner Finanzpolitik nicht abbringen lassen, damit wir auch finanziell durchhalten können. (Beifall.)

Abg. Neumann-Hofer (Volksp.): Man sollte mit dem Grundsatz ausgehen, daß im Kriege nicht mehr bezahlt wird als im Frieden; dann ist die Revision der K.-B.-O. sehr leicht. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Revision der Offiziersgehälter stimmen wir zu, dagegen können wir den Antrag auf Erhöhung der Mannschaftslöhne der Regierung nur als Material überweisen, weil uns gegenwärtig noch die nötigen Unterlagen fehlen. (Zustimmung bei der Volksp.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) tritt für die Anträge der Kommission ein.

Abg. Kreth (kons.) wendet sich gegen jede Kürzung der Offiziersgehälter.

Abg. Werner-Gersfeld (Wirtsch. Vgg.) schließt sich der Forderung auf Revision der K.-B.-O. an.

Abg. Stücklen (Soz.):

Gegenüber dem Herrn stellvertretenden Kriegsminister bemerke ich, daß ich mich mit meinen Worten vom August nicht im geringsten in Widerspruch gesetzt habe, wenn ich heute, nachdem der Krieg solange gedauert, einmal den Antrag stelle, daß auch die Gehälter der Offiziere einer Revision unterzogen werden könnten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Herr Helfferich sich darüber aufgehalten hat, daß ich Einzelfälle vorgetragen habe, so ist es etwas Neues, wenn hier vom Regierungstisch aus eine Zensur daran geübt wird, was ein Abgeordneter glaubt, vortragen zu müssen. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich nimme dem Staatssekretär darin bei, von einer Bezahlung der militärischen Leistungen könne keine Rede sein. Wenn man das aber anführt, um die Erhöhung der Mannschaftslöhne zu bekämpfen, dann darf man auf der andern Seite nicht sagen, an den Gehältern der Offiziere darf nicht gerüttelt werden. Die Unterstellung, als ob wir unsere Anträge nur aus agitatorischen Gründen stellten, muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Die Sorge für die Reichsfinanzen teilen auch wir, gerade weil wir uns bewußt sind, daß später, wenn einmal die Deckungsfrage erörtert wird, auch die Sozialdemokraten der Frage werden näher treten müssen, wie wir dabei mitarbeiten werden. Deshalb dringen wir auf der einen Seite auf weitgehende Sparsamkeit und wünschen, daß auf der andern Seite den Soldaten das gegeben wird, worauf sie Anspruch haben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über die Resolutionen wird auf Montag vertagt.

Es folgt die Besprechung des

Baralong-Falls.

Abg. Graf Westarp (kons.) als Berichterstatter: **Ein feiger Mord ist geschehen, tapfere deutsche Soldaten sind in der Ausführung ihres Berufs dem tückischen Feinde zum Opfer gefallen, der schnöde die amerikanische Flagge mißbraucht hat. Die Sühne ist von der englischen Regierung schroff abgelehnt worden, und in ihrer Antwort auf das Verlangen nach Sühne hat England die schwersten verleumderischen Beleidigungen gegen unsere Armee geschleudert. Diese Note ist ein Denkmal der Schande Englands. Die in der deutschen Antwortnote über die einzelnen von der englischen Regierung vorgebrachten Fälle, sind, wie alle Parteien anerkannt haben, klar, schlüssig und unwiderleglich. Die weitere Antwort muß in entschlossener Tat geschehen.** Seine Verhandlungen über die Möglichkeiten solcher Tat hat der Ausschuß für vertraulich erklärt und richtet auch an das Haus die Bitte, sich auf Einzelheiten nicht einzulassen. (Allseitiger Beifall.)

Abg. Noske (Soz.):

Mit heller Empörung haben alle Kreise des deutschen Volkes von der englischen Note in der Baralong-Affäre Kenntnis genommen. Bei den ersten Berichten über die bestialische Hinmordung der Mannschaften eines deutschen Unterseebootes durch die Besatzung eines englischen Hilfskreuzers hegte man Zweifel an der Richtigkeit der Angaben. Aber es kann nicht mehr an ihrer Richtigkeit gezweifelt werden; die Aussagen der amerikanischen Zeugen verdienen vollen Glauben. (Sehr wahr!) Andernfalls hätte die englische Regierung und englische Presse eine Entrüstung zur Schau getragen. Ihr Schweigen muß als Schuldbekenntnis bewertet werden. (Sehr richtig!)

Mit Genugtuung ist es auch allgemein aufgenommen worden, als feinerzeit die englische Regierung durch Repressalien genötigt wurde, Gefangene, Offiziere und Mannschaften deutscher U-Boote wirklich als Kriegsgefangene zu behandeln. Jede Regierung und jedes Volk hat allen Anlaß, das Zusammenarbeiten der Nationen nach dem Kriege nicht unnötig zu erschweren. Diese Bereitwilligkeit läßt aber die englische Baralongnote absolut vermissen, sie ist das Empörendste, was wir bisher auch während des Krieges auf diplomatischem Gebiete an Zynismus erlebt haben. (Lebh. Zustimmung.) Die Ausflüchte der englischen Regierung laufen indirekt auf eine Billigung des Mordes an den deutschen Seeleuten hinaus. Dafür hat das deutsche Volk gar kein Verständnis, es muß selbstverständlich volle Sühne fordern. Die englische Regierung erdreistet sich, deutschen Soldaten und Matrosen den beschimpfenden Vorwurf verbrecherischer Handlungen zu machen, gegen solche Verunglimpfung nehmen wir unsere Volksgenossen mit aller Entschiedenheit in Schutz. (Lebh. Beifall.) Die deutschen Soldaten sind keine Hunnen und Barbaren. **Unsere Sühne und Freunde im Felde lassen sich an menschlicher Gesittung und an kulturellem Empfinden von den Soldaten der feindlichen Länder ganz gewiß nicht übertreffen.** (Stürm. Zustimmung.) Die deutschen Soldaten sind nicht Abkömmlinge von Afrikanern, die sich von Menschenfleisch ernähren und nun von Frankreich und England nach Europa ins Feld geführt werden. (Lebh. Sehr richtig!) Die Angehörigen unseres Heeres und unserer Flotte stammen aus unserer Mitte und sind durch unsere politische und gewerkschaftliche Schule gegangen. Sie führen den Kampf in treuer Pflichterfüllung für die Sicherung ihres Landes, für ihre eigene Existenz und für die Zukunft ihrer Kinder. (Lebh. Beifall.) Auch die Männer auf den Unterseebooten verdienen nicht den Vorwurf des Barbarentums, am allerwenigsten aus englischem Munde. (Lebh. Zustimmung.) England hat, weil es an die Niederringung unserer Heere nicht glaubte, den Aushungerungskrieg gegen unsere Frauen und Kinder unternommen. **Vielleicht wäre auf den Zynismus der englischen Note ein energischerer Ton am Platze gewesen.** (Abg. Liebknecht: Hört, hört!) Aber ich billige die maßvolle Zurückhaltung. Deutschlands gutes Recht ist ein besseres Argument als starke Worte. (Sehr wahr!) Natürlich darf der Baralongfall nicht durch einen papierenen Protest erledigt werden, die **deutsche Regierung muß die verweigerte Sühne selbst in die Hand nehmen.** (Lebh. Zustimmung.) **Das deutsche Volk will nicht zulassen, daß England mit den Angehörigen unserer Flotte Schindluder spielt.** (Lebh. Zustimmung.) Vorschläge über die Art der Vergeltungsmaßregeln zu machen, ist nicht unsere Aufgabe. (Abg. Liebknecht: Hört, hört!) **Wir haben zu den führenden Stellen das Zutrauen, daß sie wie bisher so auch künftig das Ansehen Deutschlands als eines Kulturlandes wahren und den Gehalten der Menschlichkeit zu ihrem Rechte verhelfen werden.** (Lebh. langanhaltender Beifall. Zischen des Abg. Liebknecht.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): England hat sein Waffenkleid befleckt, als es farbige Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz brachte. Jetzt führt es den Krieg selbst in einer Weise, die sich in nichts von der Kriegführung wilder Völker unterscheidet. Ich bin gespannt, was zu diesem Verhalten das neutrale Ausland und auch was die Alliierten Englands sagen werden. Darüber, daß wir durchhalten werden, ist der Reichstag klar, und auch die Maßnahmen, die die Regierung England gegenüber als Vergeltung anwenden wird, werden unsere Zustimmung finden. (Lebh. Beifall.)

Abg. Bassermann (natl.): Auch namens meiner Freunde erhebe ich Protest gegen den schnöden Mord, der an deutschen Soldaten verübt ist, und der Englands Schild mit einem unauslöschlichen Makel befleckt hat. (Beifall.) Die englische Note erreicht den Gipfel der Unverschämtheit, sie ist unglaublich frivol und heuchlerisch. Das englische System der Lüge feiert hier neue Orgien. Wir aber werden Ruhe und Besonnenheit bewahren. Der Regierung bleibt es überlassen, rasch und energisch und ohne Sentimentalität die nötigen Vergeltungsmaßregeln zu treffen. Wir sind stolz darauf, daß **unsere Kriegführung vom Geist der Humanität und Sittlichkeit getragen ist** und wir erwarten, gegen die englische, jedem menschlichen Gefühl, jeder moralischen Gepflogenheit widersprechende Kriegführung Vergeltungsmaßregeln. (Beifall.)

Abg. Fischer (Vpt.): Die neue Waffe Englands muß die Verachtung der Welt herausfordern. (Zust.) Es gibt Sittengesetze, die auch im erbittertsten Kampfe nicht außer acht gelassen werden dürfen. England ist mit dieser Note auf die tiefste Stufe gesunken. (Zust.) Wir stehen mit den Vorrednern in erfreulicher Uebereinstimmung. Wir hoffen, daß die Vergeltung so ausfallen wird, daß das verletzte Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes ihre Sühne finden wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Oertel (kons.) freut sich über die tiefe Uebereinstimmung, wie sie der deutsche Reichstag selten gezeigt hat. Er könne nur widerholen, was die Herren von der äußersten Linken, von der bürgerlichen Linken und vom Zentrum gesagt haben. Aus der Note Englands klingt ein satanischer Ton heraus. Wir dürfen erwarten, daß die deutsche Regierung mit aller Entschiedenheit von den Mitteln, die sie an der Hand hat, Gebrauch macht. In dieser Erwartung sind wir alle einig (Abg. Liebknecht: Nein!) — mit Ausnahme eines, den niemand in diesem Hause wohl ernst nimmt. (Beifall.) (Abg. Liebknecht: Die Kriegshetzer sind darin einig!) Diese Einigkeit ist das schönste Ereignis der heutigen Sitzung. Das läßt uns mit guter Zuversicht in die Zukunft blicken.

Unterstaatssekretär Zimmermann stellt mit Genugtuung die Einmütigkeit fest, in der das Haus mit dem deutschen Volke und der Regierung den schmählichen Baralong-Fall und die impertinente englische Antwort verurteilt. Eine scharfe Sühne ist notwendig. Die Regierung wird die richtigen Mittel und Wege finden, um diese empörende Tat scharf und nachdrücklich zu sühnen. (Beifall.)

Abg. Ledebour (Soz.):

In der Beurteilung der Untat des Falles Baralong weiß ich mich eins mit allen Vorrednern. Auch auf das Lockmittel der englischen Note, angeblich parallele Fälle heranzuziehen, falle ich nicht hinein. Die englische Regierung handelt nach dem Grundsatz gewisser Zeitgenossen, die, wenn man sie am Kragen kriegen will, davon laufen, rufend: **Haltet den — andern!** (Heiterkeit.) **Der Vorgang ist der Fluch der Weltreichspolitik.** (Lachen rechts.) **Das englische Volk ist durch diese Note nicht gesunken,** das ist allein Sache der englischen Regierung. Derartige Vorwürfe können leider dazu, die bestehende Feindschaft noch zu verbittern. Mit Recht spricht die deutsche Note, daß man zu englischen Seeoffizieren als Richter Zutrauen haben könne. Redner spricht den Wunsch aus, daß, wenn wir wieder Frieden bekommen, was hoffentlich bald der Fall sein wird, die Regierungen für **Abschaffung des Seebeuterechts** sorgen werden. Der U-Bootkrieg darf nicht in die Grenzen gehen, die anläßlich des Lusitania-Falles gezogen worden sind. Nach den Andeutungen von Rednern einiger Parteien und eines Teils der Presse könnte der Eindruck entstehen, **als ob ohne Warnung torpediert werden könnte.** Mit einer derartigen Auffassung sind weite Volkskreise nicht einverstanden. **Die Gesetze der Menschlichkeit müssen nach Möglichkeit beachtet werden.** Damit erweisen wir dem Vaterlande den größten Dienst. (Beifall bei einem Teil der Soz.)

Nach Annahme eines Schlußantrages erhebt Abg. Dr. Liebknecht Widerspruch, daß ihm unmöglich gemacht worden sei, Einspruch zu erheben, daß ein an und für sich trauriger Fall hier für die Zwecke der Völkerverhetzung benutzt wird und damit — (Stürm. Unterbrechung, in der die weiteren Worte des Redners verloren gehen.

Das Haus vertagt sich auf Montag 11 Uhr. (Belagerungszustand und Zensur.) — Schluß: 3¼ Uhr.

Politische Uebersicht.

Verschiebung der Reichstagswahlen.

Da damit gerechnet werden muß, daß wir auch noch einen dritten Kriegswinter erleben, so beschäftigen sich bereits jetzt politische Kreise mit der Möglichkeit einer Verschiebung der im Januar 1917 fälligen nächsten Reichstagswahlen. So behandelt im Leipziger Tageblatt der nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Leipzig, Geh. Justizrat Dr. Junck, diese Frage. Er schreibt u. a.:

„Die Amtsdauer des jetzt lebenden Reichstags endet nach der richtigen Meinung am 12. Januar 1917, als an dem Tage der letzten allgemeinen Wahlen. Selbstverständlich gibt es vereinzelte Stimmen in der Wissenschaft des Staatsrechtes, die anders rechnen. Sie wollen die Legislaturperiode — das Fremdwort steht in der Reichsverfassung — jeweils mit dem ersten Zusammentreten des neugewählten Reichstags beginnen lassen. Allein diese Ansicht kann als überwunden gelten. Sie tut hier auch nichts zur Sache, da es sich dann nur um eine Verschiebung um wenige Wochen handeln würde. Daß die Verlängerung der Amtsdauer eines einzelnen Reichstages — nur dies steht in Frage — über die geltenden fünf Jahre hinaus möglich, verfassungsrechtlich zulässig ist, darf ebenfalls als feststehend angenommen werden. War doch der Reichstag im Jahre 1870 in ganz gleicher Lage. Sein normales Leben wäre am 31. August 1870 abgelaufen gewesen. Man verlängerte es durch Bundesgesetz vom 21. Juli 1870, und zwar „für die Dauer des gegenwärtigen Krieges mit Frankreich, jedoch nicht über den 31. Dezember 1870 hinaus“ . . . . Zur Sache selbst sind wir der Ansicht: in keinem Falle dürfen die Wahlen zum neuen Reichstage stattfinden, solange Millionen von Wählern im Felde stehen. Das wäre zunächst ungerecht ihnen gegenüber. Sie haben erhöhten Anspruch darauf, mitzubestimmen — dazu dient das Wahlrecht —, wie es in dem Vaterlande, für das sie ihr Leben einsetzten, dereinst aussehen soll. Wir gehen, indem wir dies sagen, allerdings davon aus, das vieles anders werden kann und soll. Darüber später. Schlechthin möglich ist es für uns, auch nur daran zu denken, diese Mitbestimmung ganz allein denen zu überlassen, die unterdessen im Lande gewiß auch manches entbehren und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160117-11/fragment/page=0002

tragen müssen, aber alles dies nicht entfernt vergleichen dürfen mit dem, was jene erdulden. Wir schlagen damit übrigens nur Gedankengänge an, die schon früher zur „Streckung" anderer parlamentarischer Vertretungskörper geführt haben. — Wir fügen aber hinzu: nicht nur das Gefühl der Gerechtigkeit entscheidet, sondern auch das — bereits kurz erwähnte — Ziel einer Erneuerung unseres politischen Lebens, oder wie der Kanzler sagte: der Neuorientierung unserer inneren Politik. . . . Die Amtsdauer des Reichstages muß verlängert werden, sobald feststeht, daß der Weltkrieg noch so lange währt, daß etwaige Neuwahlen unter Ausschluß unserer Volksgenossen im Felde stattfinden müßten. . . . Mit aller Entschiedenheit lehnen wir — persönlich — den Gedanken ab: der Reichstag solle auf jeden Fall verlängert werden, da es unerträglich sein würde, wenn etwa gleich oder bald nach dem Frieden Wahlen nötig wären. Gewiß wohlmeinend wird gesagt, man möchte doch dem deutschen Volke die Zerklüftung und Verbitterung eines Wahlkampfes in der beginnenden goldenen Friedenszeit ersparen. Wir halten dies für grundfalsch. Politisches Leben im Volke ist kein Uebel! Ganz im Gegenteil wünschen wir unserem Volke recht bald das reinigende Bad eines Wahlkampfes, von dem wir freilich gerade zufolge der Teilnahme unserer Krieger einen etwas größeren Zug, weniger Kleinlichkeit als früher, erhoffen. . . ."

Die Bergarbeiter gegen die Dienstpflicht.

London, 16. Januar. Die Abstimmung der Konferenz der Bergleute über die Dienstpflichtbill hatte folgendes Ergebnis: **653 190 Stimmen dagegen und 38 100 dafür.** 25 240 enthielten sich der Abstimmung. Der Konferenz wird besonders deshalb Bedeutung beigelegt, weil der ausführende Ausschuß die Teilnahme der Gewerkschaften der Bergleute an der nationalen Arbeiterkonferenz abgelehnt hatte und weil es die erste Bergarbeiterkonferenz war, deren Organisation das ganze Königreich umspannt und die stattfand, nachdem die Einzelheiten der Bill von allen ihren Zweigvereinen erörtert worden waren. Ueber die Form, die die Opposition gegen die Bill annehmen soll, wurde nicht debattiert. Dies wurde einer zweiten Konferenz überlassen, die demnächst einberufen werden soll. Man hält es für wahrscheinlich, daß der Unterausschuß des Arbeiterdreibundes der Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter bald zusammentreten und die Lage erörtern wird. Die Resolution der Bergmannskonferenz spricht die Forderung aus, daß die Bill zurückgezogen und unwirksam gemacht werden solle. Die Konferenz bekämpfe die Bill sowohl aus prinzipiellen Gründen, als wegen ihrer tatsächlichen Bestimmungen. Die Wiedereröffnung des Derbyschen Werbefeldzuges werde vielleicht einen Ausweg bieten, aber die Zahlen des Derbyberichts erfordern eine genaue neue Prüfung. Die Zusicherung der Regierung, daß die Bill nicht beabsichtige, einen industriellen Dienstzwang einzuführen, klärte die Lage nicht. Die Bestimmung, daß die Leute gezwungen werden sollen, sich zu melden, sei höchst gefährlich. Die Konferenz betrachte die Aussichten, die die Lage biete, mit Besorgnis.

Der Protest der Eisenbahner.

London, 16. Januar. Der ausführende Ausschuß des Eisenbahnerverbandes hat gegen die Dienstpflichtbill einen Beschlußantrag angenommen, in dem es zum Schluß heißt: **Wenn die Regierung nicht zunächst jede Art von Kapital konfisziert, werden wir mit allen Mitteln die Konfiszierung der Männer, deren einziges Kapital die Arbeitskraft ist, bekämpfen.**

Der ausführende Ausschuß des Gewerkverbandes der Lokomotivführer und -heizer hat ebenfalls einen Beschlußantrag angenommen, der jede Art militärischer Dienstpflicht bekämpft.

Kleine politische Nachrichten.

Zu den Unruhen in Mexiko wird gemeldet: Das Washingtoner Staatsdepartement bestätigt die Gefangennahme des Generals Rodriguez, den man für die Ermordung des Briten Peter Keane verantwortlich macht und die Gefangennahme des Generals Almeida, der sofort erschossen wurde. — Aus El Paso wird gemeldet: Huerta ist tot. Das Kriegsrecht wurde erklärt. Die Polizei, amerikanische Soldaten und Bürger umzingeln die Mexikaner, um sie zu vertreiben. Ein heftiger Kampf ist im Gange. Viele sind verwundet.

Aus der Partei.

Zur Angelegenheit Liebknecht.

Der Fraktionsvorstand teilt folgendes mit:

Der Beschluß der Reichstagsfraktion gegen den Genossen Liebknecht bedeutet den Abschluß einer langen Reihe von Erörterungen in der Fraktion.

Am 2. Dezember 1914 stimmte Liebknecht bei der Abstimmung über die Kredite entgegen dem Beschluß der Fraktion gegen die Kredite. Zu diesem Bruch der Fraktionsdisziplin veröffentlichte der Fraktionsvorstand folgende Erklärung:

„Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellt fest, daß der Gen. Karl Liebknecht entgegen dem alten Brauch der Fraktion, geschlossen abzustimmen, der durch einen ausdrücklichen Beschluß für den vorliegenden Fall erneuert wurde, gegen die Kriegskreditvorlage gestimmt hat. Der Vorstand bedauert diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen wird, aufs tiefste."

In der Sitzung der Fraktion vom 2. Februar 1915 beschäftigte sich die Fraktion mit dieser Angelegenheit und schloß sich der vom Fraktionsvorstand ausgesprochenen Verurteilung des Verhaltens Liebknechts an. Zugleich beschloß die Fraktion für künftige Fälle folgende Regel der Abstimmung:

„Die Abstimmung der Fraktion im Plenum hat geschlossen zu erfolgen, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist. Glaubt ein Fraktionsmitglied nach seiner Ueberzeugung an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf."

Dieser Antrag wurde mit 93 gegen 4 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Am 20. März 1915 hatte sich die Fraktion wiederum mit Liebknecht zu beschäftigen, der seinen Entschluß mitteilte, gegen den Beschluß der Fraktion, betreffend den Kriegsetat, im Plenum zu stimmen. Die Fraktion verurteilte dieses Vorgehen durch eine erneute Erklärung in der Parteipresse.

In der Augusttagung des Reichstags 1915 begann Liebknecht mit der Einbringung von Kurzen Anfragen vorzugehen, ohne zunächst den bestehenden Beschlüssen gemäß dem Fraktionsvorstand oder der Fraktion davon Kenntnis zu geben. Nach eingehender Debatte wurde folgendes beschlossen:

1. Am 8. Mai 1912 beschloß die Fraktion: Bezüglich der Kurzen Anfragen wird beschlossen, daß diejenigen Genossen, welche solche stellen wollen, diese vorher zur Kenntnis des Fraktionsvorstandes bringen sollen, wenn nicht Gelegenheit und Zeit gegeben ist, sie in der Fraktionssitzung zur Kenntnis zu bringen. Hat der Fraktionsvorstand gegen die Stellung einer Frage Bedenken, so soll eine besondere Fraktionssitzung einberufen werden.

2. Entgegen diesem Beschluß hat Liebknecht von seiner Absicht, obige Anfrage an den Reichskanzler zu stellen, dem Fraktionsvorstand keinerlei Kenntnis gegeben, sondern ihm einfach mitgeteilt, daß er diese Anfrage beim Reichstagsbureau eingereicht habe. Liebknecht hat ferner jeden Versuch des Fraktionsvorsitzenden Haase, diese Angelegenheit bis zur Fraktionssitzung zurückzustellen, abgelehnt, obgleich ihm bekannt war, daß die Fraktion sich mit derselben Angelegenheit befassen werde, und obgleich in der materiellen Behandlung der Anfrage dadurch weder eine Aenderung noch Verzögerung eingetreten wäre.

Trotzdem setzte Liebknecht sein eigenmächtiges Verfahren fort und ging, als der Reichstag im November 1915 zusammentrat, von neuem auf eigene Faust mit Anfragen über wichtige politische Angelegenheiten vor. Es handelt sich dabei um Angelegenheiten, die nach übereinstimmender Meinung der Fraktion unmöglich in der Form von Anfragen sachgemäß behandelt werden konnten. In herausfordernder Verhöhnung obigen Fraktionsbeschlusses reichte Liebknecht seine Anfragen im Bureau des Reichstags ein, ohne vorher dem Vorstand oder der Fraktion die geringste Mitteilung zu machen. Ja, er wies das Bureau des Reichstags telegraphisch an, daß er die schleunigste Drucklegung der Anfragen verlange und „sich jede Intervention jedes Dritten — nach dem Vorgange August 1915 — scharf verbitte". Letzteres richtete sich gegen den im August vom Gen. Haase gemachten Versuch, Liebknecht zur Zurückstellung seiner Anfragen bis zur Fraktionsberatung zu bewegen. Die Fraktion beschäftigte sich wiederum mit diesem Vorgehen. Da Liebknecht infolge Krankheit nicht anwesend war, faßte sie in der Sitzung vom 24. November den Beschluß, daß der Fraktionsvorstand ihn zur Zurückziehung seiner Anfragen auffordern solle. Gen. Haase besuchte Liebknecht, um die Frage mit ihm zu besprechen, aber Liebknecht verweigerte die Zurücknahme der Anfragen. Es wurde schließlich, nachdem alle Versuche, Liebknecht zur vernünftigen Einfügung in die Fraktionsarbeit zu bewegen, gescheitert waren, am 29. November folgender Beschluß gefaßt:

„Unter Umgehung und Ausschaltung der Fraktion geht Liebknecht durch Einbringung Kurzer Anfragen fortgesetzt seine eigenen Wege, obwohl gerade dieses Mal weder zeitliche noch Hindernisse anderer Art vorlagen, die von ihm selbst mitausgestellten Fraktionsbeschlüsse zu respektieren. Die Reichstagsfraktion weist diese fortgesetzten Provokationen aufs schärfste zurück und lehnt jegliche Verantwortung ab."

Auch dieser Beschluß blieb ohne Wirkung auf Liebknecht. Er beharrte bei seinem selbstherrlichen und die Arbeitsgemeinschaft zerstörenden Verhalten, daß er mit dem nichtigen Vorwande zu bemänteln suchte, er sei der Hüter der Grundsätze der Partei. Mehrere seiner neuen Anfragen waren derartig, daß der Reichstagspräsident der Meinung war, diese Anfragen nicht zulassen zu dürfen. Der Seniorenkonvent des Reichstags mußte sich, da Liebknecht, frei von jedem politischen Verantwortlichkeitsgefühl, immerfort neue Anfragen dieser Art stellte, an drei aufeinander folgenden Tagen mit der Angelegenheit beschäftigen. Dabei trat die Meinung hervor, daß schließlich die Geschäftsordnungsbestimmungen über die Anfragen geändert werden müßten, wenn ein einzelner Abgeordneter in der Lage sein solle, ein parlamentarisches Recht offenbar zu mißbrauchen.

So sah sich die Fraktion am 12. Januar abermals in der Lage, sich mit dem Fall Liebknecht zu befassen. Auch Mitglieder der Minderheit der Fraktion sprachen sich äußerst scharf gegen das Verhalten Liebknechts aus. Ein Mitglied der Minderheit, das zugleich Mitglied des Seniorenkonvents ist, wies darauf hin, das Vorgehen Liebknechts müsse dazu führen, daß das mühsam errungene Recht der Anfragen gefährdet und dem Reichstag wieder entrissen würde. Ein andres Mitglied der Minderheit betonte, Liebknechts Verhalten sei ganz unentschuldbar. Liebknecht selbst erklärte, **daß er sich auch in Zukunft in keiner Weise an die Beschlüsse und die Geschäftsordnung der Fraktion gebunden erachte, sondern Politik auf eigene Faust betreiben wolle.** Er blieb dabei, er werde sich nur den Beschlüssen der Fraktion unterordnen, die den Grundsätzen der Partei, wie er sie auffasse, entsprechen. Das heißt nichts anderes, als das subjektive Ermessen des einzelnen über wohlerwogene Mehrheitsbeschlüsse zu stellen, damit das Grundprinzip einer demokratischen Arbeitsgemeinschaft aufzuheben und jede wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament unmöglich zu machen. Die Fraktion faßte daher folgenden Beschluß:

„Da Gen. Liebknecht fortgesetzt gegen die Beschlüsse der Fraktion handelt und somit die Pflichten der Fraktionsgemeinschaft auf das gröblichste verletzt, erklärt die Fraktion, daß Liebknecht dadurch die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entstehen, verwirkt hat."

Dieser Beschluß der Fraktion hielt sich durchaus im Rahmen ihrer Kompetenz. Er erkannte keineswegs Liebknecht die Zugehörigkeit zur Fraktion ab, setzte aber die daraus entstehenden Rechte außer Kraft, bis Liebknecht sich bereit erklärt, die mit den Rechten verknüpften Pflichten zu erfüllen.

Unrichtig ist die Behauptung, daß die Mehrheit der Fraktion durch den Schluß der Debatte die Gegner des Antrags mundtot gemacht habe. Abgesehen davon, daß diese Frage bereits in den früheren Beratungen in der Fraktion über Liebknechts Eigenmächtigkeiten wiederholt sehr ausgiebig behandelt worden ist, hat auch in der Sitzung vom 12. Januar eine nochmalige Debatte stattgefunden. Liebknecht hat seine Meinung in einer längeren Rede vertreten.

Die in einem Teil der Parteipresse aufgestellte Behauptung, die Fraktion habe durch ihr Vorgehen gegen Liebknecht in die Rechte der Wähler und der Parteigenossen eingegriffen, ist durchaus hinfällig. Es ist vielmehr selbstverständlich, daß die Wähler und die Parteigenossen ihren Vertreter nur in dem Sinne in die Fraktionsgemeinschaft senden, daß er sich der Disziplin und den Pflichten, die aus dieser Gemeinschaft entstehen, einordnet. Ohne dies ist eine Fraktionsgemeinschaft überhaupt unmöglich.

Der Fraktionsvorstand.

Das Reichstagsbureau zu Liebknechts Schreiben. Die Berliner Scherlpresse meldet: „Wie aus Reichstagskreisen verlautet, hat das Bureau des Reichstags auf das Schreiben des Abgeordneten Liebknecht erwidert, daß es ihn um eine bestimmte Erklärung darüber bitte, ob er in dem Verzeichnis der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestrichen und denjenigen Abgeordneten eingereiht zu werden wünsche, die keiner Fraktion angehören. Dr. Liebknecht hatte sich in seinem gestern veröffentlichten Schreiben sehr unklar ausgedrückt, indem er es dem Bureau des Reichstags überlassen wollte, aus dem Beschluß seiner bisherigen Fraktion „die gewollten bureaumäßigen Folgerungen" zu ziehen. Das Bureau steht dennoch auf dem unanfechtbaren Standpunkt, daß es Sache des Abgeordneten Liebknecht selbst ist, diese notwendig erscheinende Folgerung zu ziehen."

Genosse Otto Rühle macht uns Mitteilung von folgendem Schreiben, das er an den Fraktionsvorstand gerichtet hat:

An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

W. G. Mit Bezugnahme auf den am 12. d. M. von der Fraktion gegen den Gen. Liebknecht gefaßten, in jeder Beziehung unzulässigen Beschluß (Antrag Buck) gebe ich Ihnen Kenntnis, daß ich mich mit Gen. Liebknecht solidarisch erkläre und auch für mich die Arbeitsgemeinschaft mit der Fraktion im Sinne jenes Beschlusses als aufgehoben erachte.

Berlin, 14. Januar 1916. Otto Rühle.

Unberechtigte Mitteilungen.

Das Stuttgarter Parteiblatt Schwäbische Tagwacht macht folgende Mitteilungen:

„Aus Berlin erhalten wir folgende Drahtmeldung: Anläßlich des Beginns der Verhandlungen des preußischen Landtags tagte gestern die preußische Landeskommission. Sie erklärte sich mit der Politik der Reichstagsfraktion einverstanden und sprach die Erwartung aus, daß diese Politik im Landtag nicht durchkreuzt werde. Von 20 vertretenen Bezirken des Königreichs Preußen gehörten zwei der oppositionellen Minderheit an."

Dazu stellt der Vorwärts fest: „Die Mitteilungen der Schwäbischen Tagwacht widersprechen einem ausdrücklichen Beschluß der Landeskommission, wonach über diese Sitzung erst nach Beginn der Landtagsverhandlungen berichtet werden sollte. Dabei gehört dieses Parteiblatt zu den lautesten Schreiern gegen Indiskretionen der — anderen!"

Die freisinnige Vossische Zeitung kann noch folgendes enthüllen: „In der preußischen Landtagsfraktion der Sozialdemokratie standen bisher fünf Freunde der Mehrheit fünf Anhängern der Minderheit gegenüber. Neuerdings soll in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine Verschiebung erfolgt sein, derart, daß hier unter zehn Mitgliedern jetzt eine Mehrheit auf dem Standpunkt der Minderheit in der Reichstagsfraktion steht. Deshalb ist der Beschluß der sozialdemokratischen Landeskommission für Preußen bedeutsam, der die Erwartung ausspricht, daß die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus die Politik der Reichstagsfraktion nicht durchkreuzt."

Aus der Provinz.

Merseburg. Selbstmord einer zwölfjährigen. Ein in seiner Tragik erschütternder Kindesselbstmord hat sich hier am Freitag nachmittag abgespielt. Das zwölfjährige Schulmädchen Marie Flohr von hier äußerte früher wiederholt ihren vertrauten Mitschülerinnen gegenüber, daß sie ins Wasser gehen werde, weil sie die Behandlung durch die Stiefmutter nicht mehr ertragen könne. An ein ernstes Vorhaben glaubte jedoch niemand. Beim Vormittags-Unterricht trug sich das diesmal besonders trübsinnig gestimmte Mädchen wiederum mit hartnäckigen Selbstmordgedanken. Sie wollte sogar alle ihre Schulbücher usw. an die Mitschülerinnen verteilen, diese lehnten aber das Anerbieten ab. Nach Schulschluß ging das Mädchen nicht nach Hause, sondern schlug eine andere Richtung nach der Saale zu ein. Die mißtrauisch gewordenen Mitschülerinnen folgten. In der Nähe der Badeanstalt verabschiedete sich die Flohr von ihren Begleiterinnen unter der Angabe, Verwandte zu besuchen. Sie begab sich an das Saaleufer, warf den Ranzen ins Wasser und sprang sogleich mit dem lauten Rufe: „Auf Wiedersehen!" nach. Da sie an einen Pfahl stieß, und lebend an der Wasserfläche emportauchte, gab sie sich von dem Pfahl aus noch einen mächtigen Stoß, um ja das Ziel des Todes zu erreichen. Dabei schrie sie nochmals laut nach der Straße: „Auf Wiedersehen im Himmel!" Mit diesen Abschiedsworten tauchte der Körper des Mädchens im Strudel unter. Die Leiche des braven und in der Schule fleißigen Mädchens konnte bis Sonntag noch nicht gelandet werden.

Querfurt. Die Freiheit der Jugendlichen, die infolge der verschiedenartigsten Kriegseinflüsse unliebsam bemerkbar werden, soll polizeilich eingeschränkt werden. Es ist eine Polizeiverordnung, welche mit dem Tage der Bekanntgabe in Kraft tritt, erlassen, worin den Jugendlichen unter 18 Jahren das unnütze Verweilen und Herumtreiben auf Straßen und Plätzen der hiesigen Stadt sowie in Hausflüren und Höfen der Häuser ohne Begleitung aufsichtspflichtiger Erwachsener nach 9 Uhr abends verboten ist. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder mit Haft bis zu 10 Tagen bestraft. Eltern, Vormünder oder sonstige aufsichtspflichtige Personen trifft die gleiche Strafe, wenn sie es schuldhafterweise unterlassen, die ihrer Obhut unterstehenden Jugendlichen zur Befolgung dieser Vorschriften anzuhalten. Die Polizeibeamten haben Anweisung erhalten, etwaige Uebertretungen gegen diese Verordnung zur Anzeige zu bringen.

Bitterfeld. Aufgeklärter Leichenfund. Es ist gelungen, die Personalien der im Großen Teiche ertrunkenen Frau festzustellen. Es handelt sich um eine 60jährige Frau Z. aus Erfurt, die sich in letzterer Zeit besuchsweise bei Verwandten in Bergwitz bei Wittenberg aufgehalten hat. Die Verstorbene soll nervenleidend gewesen sein.

Delitzsch. Schwerer Unglücksfall. In der hiesigen Eisenbahnwerkstätte verunglückte der Tischler Paul Döring am Sonnabend nachmittag dadurch schwer, daß er beim Druckrahmen fräsen mit dem rechten Zeigefinger in die gefährliche Fräsmaschine kam. Döring mußte sofort der Hallischen Klinik zugeführt werden. Wahrscheinlich hätte, wenn geübte Maschinenarbeiter diese Arbeit zu verrichten hätten, der Unfall verhütet werden können.

Eilenburg. Die Preisprüfungsstelle beschloß, daß für das Zubringen der Magermilch von den Milchhändlerinnen 2 Pfennige erhoben werden dürfen. Der Magermilchpreis er-

Grenzenlos billige Preise für

Seiden-Plüsch-Mäntel — schwarze Kostüme — farbige Kostüme — Astrachan-Mäntel — Krimmer-Mäntel — schwarze Frauen-Mäntel — Samt-Paletots — Blusenröcke — Blusen — Kinder-Kleider — Sport-Jacken — Konfirmanden-Kleider usw.

M. Schneider,
Leipzigerstraße 94. 4433

Trotz der **billigen Preise** gibt es noch auf alle Sachen **Rabattmarken**.

Man sehe die Schaufenster!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191601 17-11/fragment/page=0003

hält sich daher beim Bezuge durch die Milchhändlerin auf 12 Pf., während in den Verkaufsstellen der Preis von 10 Pfg. für einen Liter bestehen bleibt. Für den Verkauf von Marmeladen und Hirse wurden Höchstpreise festgesetzt. Der Unterausschuß für Fleisch wurde beauftragt, besondere Bestimmungen über den Verkauf ausländischen Schweinefleisches auszuarbeiten. Die aus ausländischem Fleisch hergestellten Wurstwaren fallen unter die Höchstpreise. In der Frage der Schweinehöchstpreise stellte sich die Preisprüfungsstelle auf folgenden Standpunkt: In Ermangelung eines Schlachthofes gelten für die hiesige Stadt und deren Umgegend die durch die Bundesratsverordnung vom 4. November 1915 festgesetzten Höchstpreise tatsächlich nicht. Die für die Schlachthofgemeinden festgesetzten Höchstpreise (für Eilenburg kommt Leipzig in Frage) stellen aber die Grundlage für die Bemessung der Verkaufspreise der Umgebung dar; die Ueberschreitung der in Leipzig geltenden Höchstpreise ist ohne Zweifel eine ungerechtfertigte strafbare Preissteigerung.

— Klagen über die Straßenbeleuchtung. Im städtischen Gasmerk ist etwas sehr auffälliges vorgegangen. Der Direktor dieses Werkes ist von seinem Amte suspendiert worden, oder, wie es amtlich heißt, auf unbestimmte Zeit beurlaubt. Noch in der letzten Stadtverordnetensitzung wurde nachdrücklichst auf die den einzelnen Beamten zufallende enorme Arbeitsleistung verwiesen, die eine Folge davon sei, daß der Krieg eine beträchtliche Verminderung auch in der Beamtenschaft verursacht habe. Wenn trotzdem noch diese fühlbare Lücke gerissen worden ist, so müssen dafür doch die schwerwiegendsten Gründe vorliegen. Sollte diese Maßnahme mit den seit Jahren verschiedentlich erhobenen Klagen über die Leitung des Werkes in Zusammenhang zu bringen sein, die früher vom Magistrat immer mit Entrüstung zurückgewiesen wurden? Eine authentische Erklärung wäre im Interesse der Sache dringend notwendig, um den umherschwirrenden unsicheren Gerüchten den Boden zu entziehen. Diese Gerüchte würden nicht mehr zum Schweigen zu bringen sein, denn wenn der Beamte von seiner Beurlaubung nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren sollte, würde die Stadt zu dem Gehalt einer neueinzustellenden Kraft auch noch die Pension für den in den Ruhestand tretenden Direktor aufzubringen haben! Vielleicht kann aber die Gaswerksverwaltung in Abwesenheit ihres Leiters die schlimmsten Mißstände in der Straßenbeleuchtung beseitigen, oder doch wenigstens mildern. So z. B. klagt die Einwohnerschaft des Stadtteils Kälbschau darüber, daß in der Dübener Straße auf einer Strecke von einem reichlichen Kilometer nur zwei, oft sogar nur eine, zuweilen aber überhaupt keine Laternen brennen. Frauen dürfen sich dort bei Dunkelheit kaum noch auf die Straße wagen, ohne belästigt zu werden. Das gleiche gilt von mehreren Straßen des Bergstadtteils, wo lange Wegstrecken, die viel begangen werden müssen, meist „in ewige Nacht" getaucht sind. Sparsamkeit ist gegenwärtig zwar das „alles umfassende" Motiv, aber sie dürfte am ungeeigneten Orte denn doch nicht übertrieben werden. Ferner wurde in der letzten Stadtverordnetensitzung bemängelt, daß die Laternen am „Südring" so tief in den Bäumen stecken, daß sie als Wegbeleuchtung überhaupt nicht in Frage kämen, und daß sogar das gebeihliche Fortkommen der Bäume dadurch gefährdet werde. Mögen diese Zeilen mit dazu beitragen, daß die Uebelstände baldmöglichst behoben werden!

Helbra. Kinderelend. Dieser Tage wurde hier in polizeiliche Schutzhaft ein achtjähriger Schulknabe Artur H. genommen, der angab, sich nicht nach Hause zu wagen, da er daselbst in unbarmherzigster Weise behandelt würde. Er wurde ärztlich untersucht. Hierbei stellte es sich heraus, daß er auf der ganzen Hinterseite vollständig grün und blau war. Es waren Flecken, die von roher Mißhandlung stammen. Im Laufe des Nachmittags wurde dann auch noch die fünfjährige Schwester des Knaben Gertrud H. aufgegriffen, die sich ebenfalls im Orte umhertrieb. Auch sie hatte Flecke am Körper und am Kopfe fehlen stellenweise Haare. Die Kinder waren nicht zu bewegen, nach Hause zu ihren Eltern zurückzukehren, da sie daselbst nur Hiebe und nichts zu essen bekämen. Sie wurden einstweilen anderswo untergebracht, um einer Anstalt überwiesen zu werden.

Siersleben. Gendarm und Gastwirt. Der erst kürzlich unter dieser Ueberschrift anläßlich eines Freispruchs des Gastwirts Hecklau durch die Hallische Strafkammer behandelte Zwist hat jetzt vor dem Hettstedter Schöffengericht für den Gendarmeriewachtmeister eine weitere bedenklich ungünstige Wendung genommen. Der Gastwirt Friedrich Hecklau war wieder wegen Beleidigung des Gendarmeriewachtmeisters Findling angeklagt. Hecklau soll sich in seiner Gaststube zu mehreren Gästen dahin über Findling geäußert haben, daß Findling den Kohlenhändler Koch in Siersleben nicht anzeige, weil er die Kohlen von Koch billiger bekomme, Findling zeige ferner den Gutsbesitzer Karl Schnee in Siersleben nicht an, weil Schnee für Findling beim Gastwirt Dittmar in Siersleben eine Zeche von 2 M. bezahlt habe. Hecklau soll weiter gesagt haben, es wäre eine Schande, daß Findling den Rock noch trage, Findling sei jeden Abend „dick" und setze alle Hebel in Bewegung, um ihn reinzulegen. Die Beweisaufnahme ergab, daß Hecklau diese Aeußerungen zum größten Teil tatsächlich getan hat, sie ergab aber auch weiter, daß Frau Findling selbst erzählt hat, sie bekäme die Kohlen von Koch billiger, daß ferner Findling den Schnee hat anzeigen wollen, weil dessen Wagen dauernd auf einem öffentlichen Wege stand, daß Findling von dieser Anzeige aber Abstand genommen hat und daß Schnee darauf zum Gastwirt Dittmar gesagt hat, wenn Findling käme, solle er auf seine Kosten trinken. Findling habe darauf bei Dittmar eine Zeche von 2 M. gemacht. Die Beweisaufnahme ergab ferner, daß Findling den Hecklau 10 bis 15 Mal angezeigt hat und daß der Gutsbesitzer Schnee sich nichts dabei gedacht hat, als er die Zeche für Findling bezahlte; er hielte das vielmehr für Ulus und hätte das früher schon öfter gemacht. Zum Schluß erklärte Findling, er sei bereit, seinen Strafantrag zurückzuziehen, wenn Hecklau seinen gegen Findling bei der vorgesetzten Dienstbehörde gestellten Strafantrag gleichfalls zurückzöge. Darauf wurde die Verhandlung vertagt.

Allerlei.

Der erste Balkanzug ist am Sonnabend früh 7,20, festlich geschmückt und von guten Wünschen und Zukunftshoffnungen begleitet, von Berlin abgefahren. Der Zug bestand aus einem Packwagen, zwei Personenwagen erster und zweiter Klasse, einem Schlafwagen und einem Speisewagen. Alle Wagen trugen in großen Buchstaben die Aufschrift: „Balkanzug" und Schilder mit der Angabe des Reiseweges: „Berlin—Konstantinopel" über „Dresden—Wien—Belgrad—Sofia". Auf allen Stationen, auf denen dieser erste „Türkenzug" hielt — Breslau, Dresden, Wien, Budapest, Sofia — hatten sich Vertreter der Behörden und ein zahlreiches Publikum zu seinem „Empfang" eingefunden; er wurde überall mit lebhaften Hochrufen und Tücherschwenken „begrüßt".

Ein heftiges Erdbeben wird aus Mittel-England gemeldet. Im Rhymney-Tal in Südwales ereignete sich ein großer Erdrutsch.

Walhalla-Theater

Anfang 8¹⁰ Uhr.

Heute, Montag, zum vierten Mal:

„Der müde Theodor"

Schwank in 3 Akten von Max Neal und Max Ferner (Verfasser von Infanterist Pflaume).

Blatzheim, der Meister des Kölner Humors, in der Titelrolle. 4419

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Dienstag 18. Januar 1916, abends 8 Uhr:

Gr. Lichtbilder-Vortrag d. Hrn. **Richard Laube,** Direktor vom Institut Kosmos, Leipzig, über:

„Auf klassischem Boden, Wanderungen in Griechenland"

und den neuesten Tagesereignissen des Operationsgebietes.

Ueber 200 prächtige Bilder.

Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein

4418 **Die Geschäftsleitung.**

Neue Kapelle! **Neue Kapelle!**

Ecke Gr. Ulrichstr. **Konzerthaus Oberpollinger,** Jägergasse 1.

Täglich erstklassiges **Künstler-Konzert,** ausgeführt von 8 Damen u. 1 Herrn, unter Leitung der Geigen-Virtuosin Fräulein **Cornell.**

Um regen Zuspruch bittet **Richard Beth-Winter,** zurzeit auf Heimatsurlaub.

Neue Kapelle! 4237

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.** Fernruf 1181.

Dienstag den 18. Januar 1916

139. Vorstellung.

Dienstag-Stammkarten gültig.

Der fliegende Holländer.

Von Richard Wagner.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.

4420 Ende nach 10¼ Uhr.

Mittwoch den 19. Januar 1916

nachmittags 3½ Uhr:

Kinder-Vorstellung zu ganz kleinen Preisen:

Zum letzten Male:

Der gestiefelte Kater.

Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von C. A. Görner.

Abends 7½ Uhr:

140. Vorstellung.

Mittwoch-Stammkarten gültig.

Der Bettelstudent.

Operette in 3 Aufzügen von C. Millöcker.

Für den fleischlosen Tag

empfiehlt

„Nordsee"

Große Ulrichstraße 58, Telephone: 1274 und 1275. 4422

Prima frische Seefische!

Goldbarsch o. K., ℔ 73 ₰ || **Seelachs** ohne Kopf, 85 ₰
Kabeljau o. Kopf, ℔ 95 ₰ || **Heilbutt,** 2—4 pfd., ℔ 135 ₰

Klippfisch getrocknet . . . . . Pfund 60 ₰
gewässert, kochfertig . . . . Pfund 45 ₰

Billiger Fleischersatz sind **Norw. Fleischklöße,** sofort verwendbar, nur aufwärmen, die Dose mit 12 Stück Inhalt, nur **165 ₰**

Frisch aus der Räucherei:

ff. Matrel-Bücklinge, Lachsheringe, Bücklinge, Sprotten, Elbaale.

Ferner sehr preiswert:

Feinste Bratheringe, Dose, ca. 30 Stück Inhalt, nur 2,35 Mk.

Zarte, Holl. Vollheringe . . . . . Stück **19 ₰**

Inventur-Ausverkauf

Kristall in grossen Posten — sehr billig —

Porzellan, Service und weisse Geschirre,

Luxus-Gegenstände aller Art.

Louis Böker,

4421 Leipzigerstr. 7.

Sammelstelle für Rohprodukte

kauft ständig zu **höchsten Preisen: Lumpen** aller Art, **Wolle, Reutuch-Abfälle,** neue weiße und neue bunte **Schnitt-Abfälle, Makulatur, Knochen, Papier, Sacklumpen,** sowie **Eisen** und **Metalle** 4235

Philipp Schwabach,

Tel. 237. Raffineriestraße 44.

Echte Briefmarken aller Länder billigst. **Volksbuchhandlung** Halle (Saale), Harz 42/44.

Passage-Theater. **Astoria-Lichtspielhaus.**

Die Schlager dieser Woche: 4424

Fünf Akte — **Das Rätsel von Sensenheim.** Kriminalistische Enthüllung.

Drei Akte — **Der Onkel aus Amerika.** **Vaterliebe.** Kriminalstudie in drei Akten.

Kursbücher empfiehlt die **Volksbuchhandlung,** Halle (S.), Harz 42/44.

Bekanntmachung.

Unterm heutigen Tage habe ich eine **Bekanntmachung, betreffend mit Kraft angetriebene Maschinen für Konfektionsarbeit** und eine **Bekanntmachung, betreffend Arbeitszeit in Lumpen-Reißereien,** erlassen. Diese Bekanntmachungen sind in den amtlichen Zeitungen veröffentlicht worden; eine Bekanntgabe durch Maueranschlag wird baldigst folgen.

Magdeburg, den 15. Januar 1916.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Frhr. v. Lyncker, *1594

General der Infanterie,

à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Langguths Haushaltungsbücher à 1.00 ℳ

Babachs Küchen- u. Wirtschafts-Kalender à 0.50 ℳ

Schmidts Abreiß-Kalender usw.

Zu beziehen

Volks-Buchhandlung Halle a. d. S., Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

Brikettaufseher

zum sofortigen Antritt sucht **Grube Frohe Zukunft** bei Mötzlich. *1592

Wohnungs-Anzeigen

Wohnung, Stube, Kammer, Küche u. Zubehör 1. April cr. zu vermieten. 4417 Eichendorffstraße 19.

Für unsere Soldaten!

Vollständ. Schachspiel m. genauer Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele! **Preis 50 Pfg.** Als Feldpostbrief 10 Pfg. Porto. Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Halle (Saale), Harz 42/44.

Schnell-Schönschreiben von jedermann i. wenigen Stunden **ohne Lehren zu erlernen.** Preis 80 Pfg. **Volksbuchhandlung Halle** Harz 42/44.

Familien-Nachrichten.

Wiederum habe ich den Tod treuer Mitarbeiter, der sie im Kampfe um unser Vaterland dahinraffte, zu beklagen; es sind dieses

Herr **Karl Trömel,** Brauer,
Herr **Alwin Richter,** Maschinist,
Herr **Karl Zeug,** Fahrer. *1593

Auch dieser Helden werde ich gern ehrend gedenken!

Hermann Freyberg, Brauereibesitzer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160117-11/fragment/page=0004

Halle, 17. Januar.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 13 — 1916.

7]

Michael Kohlhaas.

Historische Erzählung von Heinrich v. Kleist.

Kohlhaas, während Herse und Sternbald den Stiftsvogt, der kein Schwert in der Hand hatte, überwältigten und als Gefangenen zwischen die Pferde führten, fragte sie, ob der Junker Wenzel von Tronka sei? und da sie einen großen Ring mit Schlüsseln von ihrem Gurt loslösend: in Wittenberg, Kohlhaas, würdiger Mann! antwortete und mit bebender Stimme hinzusetzte: fürchte Gott und tue kein Unrecht! — so wandte Kohlhaas, in die Hölle unbefriedigter Rache zurückgeschleudert, das Pferd und war im Begriff: steckt an! zu rufen, als ein unheurer Wetterschlag dicht neben ihm zur Erde niederfiel. Kohlhaas, indem er sein Pferd zu ihr zurückwandte, fragte sie: ob sie sein Mandat erhalten? und da die Dame mit schwacher, kaum hörbarer Stimme antwortete: eben jetzt! — Wann? — Zwei Stunden, so wahr mir Gott helfe, nach des Junkers, meines Vetters, bereits vollzogener Abreise! — — — und Waldmann, der Knecht, zu dem Kohlhaas sich unter finstern Blicken umkehrte, stotternd diesen Umstand bestätigte, indem er sagte, daß die Gewässer der Mulde, vom Regen geschwellt, ihn verhindert hätten, früher als eben jetzt einzutreffen: so sammelte sich Kohlhaas; ein plötzlich furchtbarer Regenguß, der die Fackeln verlöschend auf das Pflaster des Platzes niederrauschte, löste den Schmerz in seiner unglücklichen Brust; er wandte, indem er kurz den Hut vor der Dame rückte, sein Pferd, drückte ihm, mit den Worten: folgt mir, meine Brüder! der Junker ist in Wittenberg! die Sporen ein und verließ das Stift.

Er kehrte, da die Nacht einbrach, in einem Wirtshause auf der Landstraße ein, wo er wegen großer Ermüdung der Pferde einen Tag ausruhen mußte, und da er wohl einsah, daß er mit einem Haufen von zehn Mann (denn so stark war er jetzt) einem Platz, wie Wittenberg war, nicht trotzen konnte, so verfaßte er ein zweites Mandat, worin er nach einer kurzen Erzählung, dessen, was ihm im Lande begegnet, „jeden guten Christen", wie er sich ausdrückte, „unter Angelobung eines Hangelds und anderer kriegerischen Vorteile" aufforderte, „seine Sache gegen den Junker von Tronka, als den allgemeinen Feind aller Christen, zu ergreifen". In einem anderen Mandat nannte er sich: „einen reichs- und weltfreien, Gott allein unterworfenen Herrn"; eine Schwärmerei krankhafter und mißgeschaffener Art, die ihm gleichwohl bei dem Klange seines Geldes und der Aussicht auf Beute, unter dem Gesindel, das der Friede mit Polen außer Brot gesetzt hatte, Zulauf in Menge verschaffte: dergestalt, daß er in der Tat dreißig und etliche Köpfe zählte, als er sich zur Einäscherung von Wittenberg auf die rechte Seite der Elbe zurückbegab. Er lagerte sich mit Pferden und Knechten unter dem Dache einer alten verfallenen Ziegelscheune in der Einsamkeit eines finsteren Waldes, der damals diesen Platz umschloß, und hatte nicht sobald durch Sternbald, den er mit dem Mandat verkleidet in die Stadt schickte, erfahren, daß das Mandat daselbst schon bekannt sei, als er auch mit seinem Haufen schon am heiligen Abend vor Pfingsten aufbrach und den Platz, während die Bewohner im tiefsten Schlafe lagen, an mehreren Ecken zugleich in Brand steckte. Dabei klebte er, während die Knechte in der Vorstadt plünderten, ein Blatt an den Kürpfeiler einer Kirche an, des Inhalts: „er, Kohlhaas, habe die Stadt in Brand gesteckt und werde sie, wenn man ihm den Junker nicht ausliefere, dergestalt einäschern, daß er," wie er sich ausdrückte, „hinter keine Wand werde zu sehen brauchen, um ihn zu finden." —

Das Entsetzen der Einwohner über diesen unerhörten Frevel war unbeschreiblich; und die Flamme, die bei einer zum Glück ziemlich ruhigen Sommernacht, zwar nicht mehr als neunzehn Häuser, worunter gleichwohl eine Kirche war, in den Grund gelegt hatte, war nicht sobald gegen Anbruch des Tages einigermaßen gedämpft worden, als der alte Landvogt Otto von Gorgas bereits ein Fähnlein von fünfzig Mann aussandte, um den entsetzlichen Wüterich aufzuheben. Der Hauptmann aber, der es führte, namens Gerstenberg, benahm sich so schlecht dabei, daß die ganze Expedition Kohlhaasen, statt ihn zu stürzen, vielmehr zu einem höchst gefährlichen kriegerischen Ruhm verhalf: denn da dieser Kriegsmann sich in mehrere Abteilungen auflöste, um ihn, wie er meinte, zu umzingeln und zu erdrücken, ward er von Kohlhaas, der seinen Haufen zusammenhielt, auf vereinzelten Punkten angegriffen und geschlagen, dergestalt, daß schon am Abend des nächstfolgenden Tages kein Mann mehr von dem ganzen Haufen, auf den die Hoffnung des Landes gerichtet war, gegen ihn im Felde stand. Kohlhaas, der durch diese Gefechte einige Leute eingebüßt hatte, steckte die Stadt am Morgen des nächsten Tages von neuem in Brand, und seine mörderischen Anstalten waren so gut, daß wiederum eine Menge Häuser und fast alle Scheunen der Vorstadt in Asche gelegt wurden. Dabei plackte er das bewußte Mandat wieder, und zwar an die Ecken des Rathauses selbst an, und fügte eine Nachricht über das Schicksal des von dem Landvogt abgeschickten und von ihm zugrunde gerichteten Hauptmanns von Gerstenberg bei.

Der Landvogt, von diesem Trotz aufs äußerste entrüstet, setzte sich selbst mit mehreren Rittern an die Spitze eines Haufens von hundertundfünfzig Mann. Er gab dem Junker Wenzel von Tronka auf seine schriftliche Bitte eine Wache, die ihn vor der Gewalttätigkeit des Volkes, das ihn platterdings aus der Stadt entfernt wissen wollte, schützte; und nachdem er auf allen Dörfern in der Gegend Wachen ausgestellt, auch die Ringmauer der Stadt, um sie vor einem Ueberfall zu decken, mit Posten besetzt hatte, zog er am Tage des heiligen Gervasius selbst aus, um den Drachen, der das Land verwüstete, zu fangen. Diesen heulen war der Roßkamm klug genug, zu verweiden; und nachdem er den Landvogt durch geschickte Märsche fünf Meilen von der Stadt hinweggelockt und vermittelst mehrerer Anstalten, die er traf, zu dem Wahn verleitet hatte, daß er sich, von der Uebermacht gedrängt, ins Brandenburgische werfen würde: wandte er sich plötzlich beim Einbruch der dritten Nacht, kehrte in einem Gewaltritt nach Wittenberg zurück und steckte die Stadt zum drittenmal in Brand. Herse, der sich verkleidet in die Stadt schlich, führte dieses entsetzliche Wagestück aus; und die Feuersbrunst war wegen eines scharf wehenden Nordwindes so verderblich und um sich fressend, daß in weniger als drei Stunden zweiundvierzig Häuser, zwei Kirchen, mehrere Klöster und Schulen und das Gebäude der kurfürstlichen Landvogtei selbst in Schutt und Asche lagen.

Der Landvogt, der seinen Gegner beim Anbruch des Tages im Brandenburgischen glaubte, fand, als er von dem, was vorgefallen, benachrichtigt, in Eilmärschen zurückkehrte, die Stadt im allgemeinen Aufruhr; das Volk hatte sich zu Tausenden vor dem mit Ballen und Pfählen verrammelten Hause des Junkers gelagert und forderte mit rasendem Geschrei seine Abführung aus der Stadt. Zwei Bürgermeister, namens Jenkens und Otto, die in Amtskleidern an der Spitze des ganzen Magistrats gegenwärtig waren, bewiesen vergebens, daß man platterdings die Rückkehr eines Eilboten abwarten müsse, den man wegen Erlaubnis, den Junker nach Dresden bringen zu dürfen, wohin er selbst aus mancherlei Gründen abzugehen wünsche, an den Präsidenten der Staatskanzlei geschickt habe; der unvernünftige, mit Spießen und Stangen bewaffnete Haufen gab auf diese Worte nicht, und eher war man unter Mißhandlung einiger zu kräftigen Maßregeln auffordernden Räte im Begriff, das Haus, worin der Junker wog, zu stürmen und der Erde gleich zu machen, als der Landvogt Otto von Gorgas an der Spitze seines Reiterhaufens in der Stadt erschien. Diesem würdigen Herrn, der schon durch seine bloße Gegenwart dem Volk Ehrfurcht und Gehorsam einzuflößen gewohnt war, war es, gleichsam zum Ersatz für die fehlgeschlagene Unternehmung, von welcher er zurückkam, gelungen, dicht vor den Toren der Stadt drei verspreng Knechte von der Bande des Mordbrenners aufzugreifen; und da er, inzwischen die Kerle vor dem Angesicht des Volkes mit Ketten belastet wurden, den Magistrat in einer klugen Anrede versicherte, den Kohlhaas selbst denke er in kurzem, indem er ihm auf der Spur sei, gefesselt einzubringen: so glückte es ihm durch die Kraft aller dieser beschwichtigenden Umstände die Angst des versammelten Volkes zu entwaffnen und über die Anwesenheit des Junkers, bis zur Zurückkunft des Eilboten aus Dresden, einigermaßen zu beruhigen. Er stieg in Begleitung einiger Ritter vom Pferde und verfügte sich, nach Wegräumung der Pallisaden und Pfähle, in das Haus, wo er den Junker, der aus einer Ohnmacht in die andere fiel, unter den Händen zweier Aerzte fand, die ihn mit Essenzen und Fertianzen wieder ins Leben zurückzubringen suchten; und da Herr Otto von Gorgas wohl fühlte, daß dies der Augenblick nicht war, wegen der Aufführung, die er sich zuschulden kommen lasse, Worte mit ihm zu wechseln: so sagte er ihm bloß mit einem Blicke stiller Verachtung, daß er sich ankleiden und ihm, zu seiner eigenen Sicherheit, in die Gemächer der Richterhaft folgen möchte. Als man dem Junker ein Wams angelegt und einen Heim aufgesetzt hatte, und er, die Brust wegen Mangels an Luft noch bald offen, am Arme des Landvogts und seines Schwagers, des Grafen von Gerschau, auf der Straße erschien, stiegen gotteslästerliche und entsetzliche Verwünschungen gegen ihn zum Himmel auf. Das Volk, von den Landsknechten nur mühsam zurückgehalten, nannte ihn einen Blutigel, einen elenden Landplager und Menschenquäler, den Fluch der Stadt Wittenberg und das Verderben von Sachsen; und nach einem jämmerlichen Zuge durch die in Trümmern liegende Stadt, während welchem er mehreremal, ohne ihn zu vermissen, den Helm verlor, den ihm ein Ritter von hinten wieder aufsetzte, erreichte man endlich das Gefängnis, wo er in einem Turm, unter dem Schutz einer starken Wache, verschwand. Mittlerweile setzte die Rückkehr des Eilboten mit der kurfürstlichen Resolution die Stadt in neue Besorgnis. Denn die Landesregierung, bei welcher die Bürgerschaft von Dresden in einer dringenden Supplik unmittelbar eingekommen war, wollte vor Ueberwältigung des Mordbrenners von dem Aufenthalt des Junkers in der Residenz nichts wissen; vielmehr verpflichtete sie den Landvogt, denselben, da, wo er sei, weil er irgendwo sein müsse, mit der Macht, die ihm zu Gebote stehe, zu beschirmen; wogegen sie der guten Stadt Wittenberg zu ihrer Beruhigung meldete, daß bereits ein Heerhaufen von fünfhundert Mann unter Anführung des Prinzen Friedrich von Meißen im Anzuge sei, um sie vor den ferneren Belästigungen Kohlhaases zu schützen.

(Fortsetzung folgt.)

Mesopotamien.

Aus Reiseeindrücken Hugo Frensings, die die W. A.-Z. veröffentlicht, bringen wir hier die folgenden zum Abdruck:

Arabische Pferde.

Wenn man ein Land wirtschaftlich erschließen will, muß man vor allem trachten, den Verkehr zu heben: Er muß rasch, billig und sicher sein. In Mesopotamien soll die Bagdadbahn diesem Zwecke dienen. Da es aber dem Erbauer einer Bahn weniger um die wirtschaftliche Erschließung des Landes als um die gute Verzinsung des angelegten Geldes zu tun ist, so legt er sich die Frage vor, ob das Unternehmen in absehbarer Zeit einen Gewinn abwerfen wird. Der Bau und der Betrieb einer Bahn lohnen sich nur dann, wenn mit einem starken Frachtenverkehr gerechnet werden kann. Der Bagdadbahn wird die Aufgabe zufallen, die Bodenerzeugnisse und die Rohstoffe Mesopotamiens im Lande selbst zu verteilen oder nach dem Auslande auszuführen; sie wird das Land aber auch mit solchen Rohstoffen, Boden- und Industrieerzeugnissen zu versorgen haben, die im Inlande nicht hervorgebracht werden und die daher aus dem Ausland eingeführt werden müssen.

Gegenwärtig ist im größten Teile des Landes, namentlich im Innern, die Viehzucht der am meisten betriebene und zu höchster Stufe entwickelte Kulturzweig. Die arabische Pferderasse ist schon lange als eine der edelsten bekannt; sie wird auch von den Beduinen Mesopotamiens mit guten Erfolgen gezüchtet. Das Vollblutpferd ist das wertvollste Ergebnis der einheimischen Viehzucht; eine reinrassige Stute kostet im Lande selbst 300 bis 400 türkische Pfund (6600 bis 8700 Kronen). Die Hengste sind weit billiger; man bekommt sie um 100 bis 200 Pfund (2200 bis 4400 Kronen). Der Beduine benützt den Hengst nicht gern als Reittier, da dieser durch sein ungestümes Wesen und durch Wiehern auf Raubzügen oft seinen Herrn verrät. Außer der Pferdezucht wird in Mesopotamien noch die Zucht von Eseln, Maultieren, Kamelen, Dromedaren, Ziegen und Schafen betrieben. Aus der Viehzucht Mesopotamiens würden sich alle Häute, Felle, Wolle, Haar (Kamelhaar) und Horn als Fracht für die Bagdadbahn ergeben. Schon bevor der Bau der Bahn begonnen wurde, hatte der Häute- und Fellhandel des Landes einen bedeutenden Umfang angenommen; mit der Ausgestaltung der Verkehrsmittel wird er wahrscheinlich noch erheblich zunehmen.

Seltsame Fahrzeuge.

Schlüsse auf das Verkehrsbedürfnis Mesopotamiens lassen sich am besten aus dem heutigen Verkehr des Landes ziehen. In jenen Gegenden, die an den Flüssen Euphrat und Tigris, sind diese natürlich die bevorzugten Verkehrswege. Aber der Verkehr auf diesen Flüssen ist nur zu gewissen Zeiten und in beschränktem Maße möglich. Da der Tigris von Bagdad aufwärts und der Euphrat von Babylon (Hille) aufwärts zu seicht ist, um von Dampfschiffen solcher Größe befahren zu werden, deren Verkehr sich lohnen würde, so wird dieser auf den beiden genannten Flußstrecken nur durch Flöße aufrechterhalten. Am Euphrat ist ein gewöhnliches Balkenfloß üblich, das Schachtura heißt und von Birechik (etwa 120 Kilometer nordöstlich von Aleppo) bis Qualat Felludscha verkehrt, von wo man in zwölf Reitstunden nach Bagdad gelangt. Der „Kelek" ist das auf dem Tigris gebräuchliche Floß; es besteht aus einem Balkengerüst, dessen Lücken durch aufgeblasene Ziegenhäute ausgefüllt sind, wodurch das Fahrzeug ein erhöhtes Tragvermögen erhält. Da aber die Schläuche nicht luftdicht abgeschlossen sind, müssen die Führer oftmals während der Fahrt ins Wasser springen, um sie aufzublasen. Der Kelek verkehrt von Diarbekr an. Beide Fahrzeuge, die Schachtura und der Kelek, fahren nur stromabwärts. Ein drittes Fahrzeug, das am Tigris gebräuchlich ist, wird Kuffa genannt. Es ist ein runder, aus Palmfasern gestrickten geflochtener Korb mit flachem Boden, der durch einen Ueberzug von Erdpech wasserdicht gemacht ist. Während der Fahrt im Strome dreht sich dieses Fahrzeug immerfortwährend im Kreise, so daß derjenige, der nicht daran gewöhnt ist, vom Schwindel erfaßt wird. Die Kuffa dient oft als Fähre; vor allem aber wird sie verwendet, um Reisende oder Gepäck vom Ufer an Bord der Raddampfer zu bringen, die den Verkehr zwischen Bagdad und Basra vermitteln. Einheimische legen bisweilen auch größere Strecken in der Kuffa zurück. Ein regelmäßiger Dampfschiffverkehr zwischen Bagdad und Basra wird von einer englischen und von einer türkischen Gesellschaft unterhalten. Nur zur Zeit des hohen Wasserstandes wickelt sich dieser Verkehr anstandslos und rasch ab; zur Zeit des geringen Wasserstandes laufen diese Schiffe während der Fahrt oftmals auf Grund; dann ziehen sie sich am Ankerseil zurück, um eine neue Fahrrinne zu suchen. Da die Schiffe zur Vermeidung des allzu häufigen Auflaufens von möglichst geringem Tiefgange sind, so führen sie zur Aufnahme der Fracht ein Schleppschiff, „Duba", mit sich, das an der Seite der Raddampfer angebracht ist. Von Basra an wird der Verkehr nach dem Persischen Golf und nach Indien schon durch Ozeandampfer vermittelt.

Das Reisen im Lande.

In allen jenen Fällen, in denen die bisher besprochenen Verkehrsmittel nicht zu Gebote stehen, das ist also für Reisen von Bagdad stromaufwärts und den Euphrat stromabwärts sowie für Reisen in jenen Gebieten, die an keinem befahrbaren Flusse liegen, sind Wagen, Reit- und Tragtiere die einzigen Verkehrsmittel. Am raschesten ist die Reise mit dem Wagen; freilich sind die mesopotamischen Straßen oft in so schlechtem Zustande, daß die Reise im Wagen mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden ist. Als Reit- und Tragtiere werden Pferde, Maultiere, Maulesel, Esel und Dromedare verwendet. Maultiere, Maulesel und Esel werden wegen ihres sicheren Ganges besonders in gebirgigen Gegenden verwendet; der Esel, dessen Anschaffungspreis sehr gering ist und der mit den stacheligen Gewächsen der Steppe sein Auslangen findet, ist das billigste Verkehrsmittel. Das Dromedar eignet sich sehr zum Tragen zerbrechlicher Lasten, da es einen besonders vorsichtigen und ruhigen Gang hat; als Reittier wird es gewöhnlich nur von den Beduinen benützt. Kranke und Frauen reisen im „Tachtrawan", das ist eine gedeckte Sänfte, die an jedem Ende zwei Stangen zum Tragen hat; sie wird gewöhnlich von Pferden oder von Maultieren getragen. Eine andere Sänfte heißt „Kedschawe"; sie besteht aus zwei durch Plachen gegen die Sonne geschützten Sitzen, die durch einen Querbügel fest miteinander verbunden sind; diese Sänfte wird so auf dem Rücken eines Dromedars befestigt, daß ein Sitz zur linken und der andere Sitz zur rechten Seite des Tieres ist. Die Kedschawe wird häufig von den Beduinenfrauen benützt, wenn der ganze Stamm nach einem anderen Weideplatze reist.

Es ist in Mesopotamien nicht üblich, allein zu reisen, da man in diesem Falle mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen könnte, von Beduinen oder von Straßenräubern ausgeraubt zu werden. Wer nach einer Stadt reisen will, sucht sich daher Reisegefährten, die dieselbe Reise unternehmen wollen. Auf diese Art entsteht eine Reisegesellschaft (Karawane). Mit Vorliebe schließt man sich jenen Karawanen an, die von Kaufleuten zur Beförderung von Waren ausgerüstet werden; denn solche sind gewöhnlich durch eine stärkere Begleitmannschaft einigermaßen vor räuberischen Ueberfällen geschützt. Freilich werden auch oft sehr starke Karawanen ausgeraubt, da ja bei solchen eine reiche Beute zu erhoffen ist. Es gibt Zeiten, in denen nur die Hälfte oder ein noch kleinerer Teil jener Karawanen, die eine bestimmte Straße bereisen, ungeplündert ihr Ziel erreichen. Es ist leicht einzusehen, daß diese Unsicherheit des Reisens den Handel sehr erschwert und vor allem verteuert. Da die Kaufleute gezwungen sind, die Verluste, die sie durch Plünderung erleiden, auf jene Waren aufzuschlagen, die sie unversehrt an ihren Bestimmungsort bringen. Trotzdem begegnet man auf allen Straßen Mesopotamiens zahlreichen Karawanen, was beweist, ein wie starkes Verkehrsbedürfnis das Land hat.

Der Araber, der sehr intelligent ist und der gegen zweckmäßige Neuerungen durchaus keine Abneigung empfindet, wird voraussichtlich rasch die Vorteile erkennen, die ihm die Bahn bietet; er wird diese bald als rasches und sicheres Verkehrsmittel schätzen und benutzen lernen. Dann kann Mesopotamien, das bis zur Eröffnung des Suezkanals die Hauptverkehrsstraße von Europa nach Indien war, abermals zu jener Blüte gelangen, die im Altertum und im Mittelalter jenem Lande eine so hohe Bedeutung gab. Dazu bedarf es zunächst allerdings einer Vorbedingung — der Friede muß einkehren. Solange sich am Tigris bei Kut-el-Amara Engländer und Türken in blutigem Ringen gegenüberstehen, so lange kann das Land des Kalifen nicht den Weg finden vom Dornröschenschlaf der letzten Jahrhunderte zu einem lebendigen Glied in der Länderkette von der Ostsee bis zum Persischen Golf.

Kleines Feuilleton.

Die rauchfanglose Stadt.

Ueber die erste rauchfanglose Stadt berichtet die Electrical World. Es handelt sich um ein Städtchen oder genauer gesagt um eine Villenkolonie in Dumbreck, in der Nähe von Glasgow in Schottland. Der Versuch, den rußenden und die Klarheit der Luft beeinträchtigenden Rauch, der durch die Heiz- und Kochanlagen der Häuser entwickelt wird, durch Einführung der Elektrizität statt des Gebrauches von Kohle, Holz oder anderen Feuerungsmaterialien auszuschalten, hat bei Glasgow zum Bau eines Villenortes geführt, der als die erste rauchfanglose Ansiedlung zu bezeichnen ist. Schon rein äußerlich ist die moderne Besonderheit des Ortes durch die Abwesenheit von Rauchfängen auf den Dächern der Häuser kenntlich. Jedes dieser rauchfanglosen Häuser ist mit einer elektrischen Heizungsanlage versehen mit elektrischen Lichtanlagen und elektrischen Kücheneinrichtungen. Es sind Einfamilienhäuser mit durchschnittlich sechs Zimmern; die Dächer sind mit Asbest gedeckt. Die elektrische Versorgung ermöglicht neben dem Vorteil einer außerordentlichen Reinhaltung der ganzen Gebäude, wie sie bei Rauchentwicklung nicht stets möglich ist, eine gewisse Ersparnis im Haushalt und in der Verwaltung, da das Dienstpersonal wesentlich eingeschränkt werden kann, indem viele Verrichtungen, die früher von Dienstboten besorgt werden mußten, nunmehr mit Hilfe der Elektrizität erledigt werden.

Der Genesende.

Ich weiß nichts mehr vom Schlachtenkampfe,
von Brand und Mord und Todesschrei'n.
Glück, ich entrann dem Mutgestampfe.
Ich bin so froh, noch Mensch zu sein.

Mein hochbeglücktes Auge gleitet
von Berg zu Tal, zu sanften Höhn.
Die ganze Welt liegt ausgebreitet
und ist so unaussprechlich schön.

Jetzt freut's mich doppelt, daß ich lebe,
jetzt freut's mich doppelt, daß ich bin,
daß ich mich atmend weiterhebe
zu einem hellern Himmel hin.

Oskar Wöhrle (im Simpl.).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160117-11/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. Januar 1915.

Kartoffelfragen.

Nachdem seit einigen Wochen über die Kartoffelversorgung bereits eine gewisse Beruhigung in der Bevölkerung Platz gegriffen hatte, muß jetzt leider ein gänzliches Umschlagen dieser Stimmung festgestellt werden. Und wieder sind es Fehler der Organisation, die das verschulden! Behördliche Maßnahmen haben den ersten Anlaß zur Beunruhigung des Marktes gegeben. So war die Gewährung erhöhter Preise für Saatkartoffeln förmlich ein Signal für die weitere stärkere Zurückhaltung von Kartoffeln. Denn teils spekulierte jetzt so mancher darauf, seine Ware als Saatkartoffeln anbringen zu können, anderenteils rechnete man natürlich damit, daß den höheren Preisen für Saatkartoffeln bald eine allgemeine Kartoffelpreiserhöhung folgen werde. Und nach der Meldung des B. L., die wir am Sonnabend im politischen Teil wiedergaben, soll diese Spekulation sogar Aussicht auf Erfolg haben. Nun wird der Zustand der künstlichen Kartoffelknappheit natürlich noch schlimmer, da die Landwirte und Großhändler die erhöhten Preise abwarten und bis dahin eben noch mehr als bisher zurückhalten. Die Stadt Halle hat schon, da sie keine Ware mehr heranbekommt, die Verkaufsmenge auf 20 und heute gar auf 10 Pfund herabsetzen müssen. Die durch all diese Umstände erzeugte Stimmung wurde weiter durch die zur allgemeinen Verwunderung plötzlich für notwendig gehaltene Kartoffelbestandsaufnahme verschlimmert. Und hier für Halle brachte auch noch das Schöffengerichtsurteil, daß die Kartoffelhändler Bringerlohn — also höhere Preise — verlangen dürfen, eine Steigerung der Beunruhigung. Eine einwandfreie, klare Ordnung dieser Frage gleich in der ersten Bundesratssfestsetzung der Höchstpreise, hätte dieser störenden Differenz vorbeugen können. Nun ist ja über die auswärts Aufsehen erregende Schöffengerichtsentscheidung noch nicht das letzte Wort gesprochen, da — wie wir mitteilen können — vom Staatsanwalt Berufung eingelegt wird. Die Regierung wie auch die Behörden haben bisher stets einmütig erklärt, daß kein Bringerlohn genommen werden dürfe. Aber leider lehnen alle Stellen ab, jetzt in diesem Sinne einzugreifen. Sollte die Ansicht des Hallischen Schöffengerichts allgemein Anerkennung bei den Gerichten finden, so wäre damit eine neue Quelle unabsehbarer Unzuträglichkeiten für die Verbraucher geschaffen worden. Denn wer will ihnen vom Publikum vorschreiben, was ein angemessener Bringerlohn ist? Dann müßten wohl jedesmal die Gerichte entscheiden, ob der Lieferant den Bringerlohn in angemessenen Grenzen gehalten oder aber in unverschämter Höhe gefordert und sich damit des Wuchers schuldig gemacht habe. Es erscheint deshalb nötig, daß so rasch wie möglich in dieser Frage eine Entscheidung herbeigeführt wird, entweder durch eine einwandfreie, keine Winkelzüge mehr zulassende Ergänzung zu der Bundesratsverordnung über die Festsetzung von Höchstpreisen, oder durch eine höhere Gerichtsentscheidung.

Das Schöffengericht Erfurt hat erst am Freitag voriger Woche einen Landwirt zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er bei dem Verkauf von Kartoffeln über den Höchstpreis von 3,50 Mk. hinaus noch ein „Trinkgeld" von 50 Pfennig für den Zentner verlangt hatte. Es wurde hierin mit Recht der Versuch einer Umgehung der Höchstpreise erblickt und die Handlungsweise des Landwirts als verwerflich bezeichnet. — Man sieht an diesem Beispiel, zu welchem Wirrwarr es führen kann, wenn die Höchstpreise nicht unbedingt ohne jeden Aufschlag gelten.

Aus all diesen Zweifeln und Beunruhigungen könnte uns augenblicklich nur ein energischer Bundesratsbeschluß retten, der klipp und klar erklären müßte, daß die Höchstpreise ohne jeden Zuschlag gelten und nicht erhöht werden, daß vielmehr die Gemeinden erweitertes Beschlagnahmerecht erhalten, um die Zurückhaltung zu brechen! Wird der Bundesrat zu diesem einfachen Beruhigungsmittel greifen wollen?

Straßenhändler achtet auf richtiges Gewicht!

Wegen Betrugs mußten sich die Kartoffelhändlers-Ehefrau Niemann aus Diemitz und ihr Vater verantworten. Sie waren beschuldigt, beim Straßenverkauf von neuen Kartoffeln falsches Gewicht gegeben zu haben. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Niemanns verkauften die neuen Kartoffeln einen Pfennig billiger wie die Geschäfte. Das erregte den Verdacht einer Geschäftsfrau, die mit Kartoffeln handelt. Sie ließ sich fünf Pfund holen, und es stellte sich ein Untergewicht von fast einem halben Pfunde heraus. — In zwei weiteren Fällen ergab sich das gleiche Bild. Bei zehn Pfund Kartoffeln fehlten ein und ein halbes Pfund. Ein Polizeibeamter stellte dann fest, daß die Waage schräg auf dem Wagen stand, was durch das Anfahren des Wagens an den Straßenbord zu erklären war. Außerdem verschob sich durch das Fahren der Regulierknopf. Die Angeklagten behaupteten, daß sie keine Ahnung davon gehabt hätten, daß die Waage falsch wiege. Sie hätten nicht die Absicht gehabt, jemand durch falsches Gewicht zu betrügen. Der billige Preis erkläre sich dadurch, daß sie einen Großhandel hätten und dadurch billiger verkaufen könnten. Die Anzeige sei eine Rache.

Der Staatsanwalt hielt den Betrug für erwiesen, daß die Waage sich in einem Zustande befunden hätte, in dem sie zugunsten der Verkäufer wog. Er beantragte 30 Mark Geldstrafe, weil die Angeklagten noch nicht bestraft seien. Das Gericht sprach die Angeklagten aus Mangel an Beweis frei. Es könne ihnen nicht nachgewiesen werden, daß sie gewußt hätten, wie falsch die Wage wiege. Zwar sprächen viele Verdachtsgründe gegen die Angeklagten, doch genüge dieser Verdacht nicht, um die Angeklagten des Betrugs zu überführen.

Der Vorfall kann den Straßenhändlern zur Warnung dienen, auf ihre Wagen zu achten. Dem kaufenden Publikum kann andererseits aber nicht genug empfohlen werden, die Waren nachzuwiegen.

---

* **Lichtbildervortrag über Griechenland.** Am morgigen Dienstag, abends um 8 Uhr, findet im Volkspark der angekündigte, vom Bildungsausschuß veranstaltete Lichtbildervortrag statt. Herr Direktor Laube-Leipzig wird einen Vortrag über seine Reise durch Griechenland halten. Der gut bekannte Vortragende gibt anschließend an den im Dezember stattgefundenen Vortrag über: Bulgarien, Serbien, Montenegro und die Herzegowina eine Schilderung der selbstgemachten Reise auf dem klassischen Boden, über die Kulturebenen und der wirtschaftlichen Einrichtung Griechenlands, unter Berücksichtigung der neuesten sich dort abspielenden Kriegsereignisse. Ferner behandelt sie auch die schwer zu wahrende Neutralität Griechenlands den Zentralmächten und dem Vierverband gegenüber, und das Eindringen und Festsetzen der Engländer und Franzosen auf dem Boden Griechenlands, sowie das Unterbringen der Reste des fliehenden serbischen Heeres. — Da die hochinteressante Darbietung nur 20 Pfennig Eintritt kostet und dafür zum Schluß auch noch die neuesten Bilder von den Kriegsschauplätzen vorgeführt werden, ist wohl ein reger Besuch zu erwarten.

* **Auf dem Produzentenmarkt** standen heute zum Verkauf: Weißkohl, Kohlrüben, Mohrrüben, Zwiebeln, Meerrettich und Sellerie zu den bekannten Preisen. Kartoffeln wurden nur zehnpfundweise abgegeben. Trotzdem die Stadt in sieben Ständen verkaufte, war der Andrang derartig, daß ständig Hunderte auf dem Hofe auf Abfertigung warteten. — Auf dem Hallmarkt gab es in Fleischständen wiederum Speck und Schlockwurst, sowie Schweinefleisch und die verschiedenen Wurstsorten in Büchsen.

* **Eigenartige Betriebsführung der Stadtbahn A.-E.-G.** Ein Leser schreibt uns: Wer mit der Stadtbahn am Sonnabend nach Bahnhof Trotha fahren wollte, wurde nicht bis zum Bahnhof befördert, sondern nur bis zur Ecke der Bahnhofstraße. Dort mußten die Fahrgäste den Wagen verlassen und den Weg zum Bahnhof zu Fuß zurücklegen. Und was war das Verkehrshindernis? Die Gesellschaft ließ Straßenbahnschienen und anderes Baumaterial abladen, und zu dem Zweck mußte der Lastwagen auf den Schienen stehen und als Verkehrshindernis dienen. Wer in Trotha aus der Eisenbahn ausstieg und am Bahnhof auf die Straßenbahn wartete, der konnte lange warten, denn die Wagen fuhren ja nur bis zum Knie der Bahnhofstraße. Wie enttäuscht besonders Reisende mit Gepäck waren, läßt sich denken. Diese Verkehrsbehinderung wurde sowohl zum Mittagszug, als auch am Abend um 4½ Uhr beobachtet. Da ist denn doch wohl die Frage berechtigt, gehen die Bauinteressen der Gesellschaft dem öffentlichen Wohle vor? Hat mit Kauf des Fahrscheins nicht der Fahrgast den Anspruch auf Beförderung bis ans Ziel erworben? Wenn nun durch diese eigenartige Handlungsweise der Gesellschaft ein Reisender den Zug nicht erreicht, wer ersetzt ihm den Schaden, abgesehen von dem Aerger. Mindestens kann man doch verlangen, wenn bauliche Veränderungen eine zeitweilige Betriebsänderung bedingen, daß dem Publikum hiervon gehörige Mitteilung gemacht wird. Hat denn die Aufsichtsbehörde diese störende Betriebsänderung ohne öffentliche Mitteilung genehmigt?

* **Die Hilfe für kriegsgefangene Deutsche,** Magdeburg, Altes Rathaus, schreibt uns: Wir möchten nicht verfehlen, die Aufmerksamkeit des Publikums auf den folgenden Artikel zu lenken, den wir der russischen Zeitung Nowoje Wremja vom 8. 12 1915 entnommen haben:

„Vor einigen Tagen entdeckte ein Beamter der militärischen Zensur bei Untersuchung eines aus dem Auslande eingetroffenen Paketes, das für einen Kriegsgefangenen bestimmt war, in einer Tafel Schokolade einen beschriebenen Zettel, der bei Herstellung der Schokolade in diese eingebacken worden war. Man nimmt an, daß diese Methode, Briefe zu senden, in großem Umfange angewendet wird. Infolgedessen befahl der Oberkommandierende, alle Kriegsgefangenen darauf aufmerksam zu machen, daß Postpakete für Kriegsgefangene überhaupt nicht mehr angenommen werden, falls derartige Briefsendungen aus der Heimat nicht innerhalb eines Monats unterlassen werden."

Im Interesse der Gesamtheit der Kriegsgefangenen sollten die Angehörigen keinesfalls den ihrigen in der Gefangenschaft irgendwelche Mitteilungen auf unerlaubtem Wege zukommen lassen, da hierdurch, abgesehen von der großen Gefahr, die für den Betreffenden selbst entsteht, dieses auch für alle Mitgefangenen von großem Schaden sein kann.

* **Stadttheater.** Am Dienstag findet eine Wiederholung, und zwar die letzte der diesjährigen Spielzeit, von Richard Wagners Der fliegende Holländer statt. Die Titelrolle singt wie immer Herr Kerzmann, und auch die übrige Besetzung bleibt die bekannte. Für die letzte Nachmittagsaufführung des Weihnachtsmärchens Der gestiefelte Kater am Mittwoch wurden die Preise herabgesetzt, so daß der Sperrsitz einschließlich Kleiderablage und städtischer Steuer nur 1 Mk. kostet, auch die übrigen Plätze sind dementsprechend billiger, so daß auch kinderreiche Familien Gelegenheit haben, das diesjährige Weihnachtsmärchen noch kennen zu lernen. Der Mittwoch abend bringt eine Aufführung von Millöckers Operette Der Bettelstudent. Für die am Sonnabend angesetzte Klassikervorstellung Medea von Grillparzer sind Schülerkarten gültig, worauf wir ganz besonders hinweisen wollen. Die Oper bringt als nächste Neueinstudierung Verdis Troubadour. Als nächste Operettennenheit wird Tausend und eine Nacht von Strauß vorbereitet.

* **Im Walhallatheater** wartet seit Sonnabend der rheinische Komiker Jean Blatzheim und seine Gesellschaft mit dem Schwank Der müde Theodor auf. Der Dreiakter ist verfaßt von den Münchner Schriftstellern Max Neal und Max Ferner. Bringt das Stückchen auch die unwahrscheinlichsten Situationen, so wird doch viel gelacht, und damit ist der gewollte Zweck erreicht. Die Hotelszene im zweiten Akt amüsierte das gutbesetzte Haus ganz besonders. Die Hauptrolle fand in Blatzheim als Rentier Hagemann einen unübertrefflichen Vertreter, der mit seinem köstlichen Humor wieder stürmische Heiterkeit hervorrief. Aber auch die übrigen Mitspieler tun ihr möglichstes für die unterhaltende Wirkung des Spieles.

* **Von der Feuerwehr.** Zur Beseitigung eines Stubenbrandes wurde die Feuerwehr nach der Bergstraße gerufen. Nach kurzer Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. Später wurde die Feuerwehr nach dem Stellagerplatz am Schlachthofe gerufen, um ein gestürztes Pferd wieder auf die Beine zu bringen. — Zur Beseitigung eines Stallbrandes wurde die Feuerwehr in der Nacht zum Montag nach einem Grundstücke der Schmiedstraße gerufen. Die Wehr konnte nach 1½stündiger Tätigkeit wieder abrücken. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht bekannt.

* **Einbrüche.** Am 16. d. Mts., früh 4 Uhr, wurde in der Leipziger Straße die Glasscheibe eines Schaukastens zertrümmert und fünf Paar Halbschuhe entwendet. Der Täter ist unerkannt entkommen. — In der Nacht zum Sonntag versuchten Diebe in ein in der Gr. Steinstraße belegenes Buttergeschäft einzudringen. Ihre Absicht scheiterte jedoch an der Festigkeit des Türverschlusses. Ermittelungen nach den Tätern sind im Gange.

Bruckdorf. Irrige behördliche Auskunft. Dem Kantinenpächter der Bruckdorfer Arbeiterkaserne war ein hoch gemessenes Strafmandat zugestellt worden, weil er gegen eine Verordnung des Generalkommandos Bier an Russen verabfolgt hatte. Der Pächter gab diesen Sachverhalt auch ohne weiteres zu, legte aber trotzdem Berufung ein, weil ihm der Wachtmeister gesagt hatte, er dürfe jetzt Bier, aber keine Spirituosen an die Russen verkaufen. Es war nämlich eine Verfügung des Regierungspräsidenten in dieser Weise erlassen worden. Wie es sich dann aber herausstellte, bestand die Verfügung des Regierungspräsidenten neben der des Generalkommandos weiter. Das Gericht setzte aber unter diesen Umständen die erkannte Strafe auf die Mindeststrafe von drei Mark herab.

Döllnitz. Achtuhr-Ladenschluß. Der Regierungspräsident macht bekannt: Auf den Antrag von mehr als zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber ordne ich nach Anhörung der Gemeindebehörde auf Grund des § 139f der Reichsgewerbeordnung an, daß die offenen Verkaufsstellen in der Gemeinde Döllnitz (Saalkreis) um 8 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr zu schließen sind. Diese Anordnung gilt vom 24. Januar d. J. ab.

Stadt-Theater.

Figaros Hochzeit. Mozarts köstlicher Figaro zeigt so recht, daß die Schöpfungen echter Kunst unvergänglich sind. Wie Perle an Perle reiht sich eine zierliche, graziöse oder tiefempfundene Gesangsnummer an die andere. Alles atmet Geist, Gemüt, Humor und Wohllaut, von der ersten bis zur letzten Note. Und die unbesiegbare Schönheit dieser herrlichen Musik übte auch gestern wieder, im Verein mit einer von Begeisterung getragenen Wiedergabe, eine unwiderstehliche Wirkung aus. Erwies sich doch, daß in unserem Theater auch der Mozartstil eine treue und verständnisvolle Pflege erfährt und auf der Bühne wie im Orchester verhältnismäßig klar und wahr zum Ausdruck kam. Für diese erfreuliche Erscheinung gebührt wohl zunächst Verdienst dem Kapellmeister Oskar Braun, dessen künstlerisches Empfinden begeistert in Mozart aufgeht. Es gelang ihm und der Spielleitung Leopold Sachses vorzüglich, die jetzt vorhandenen Kräfte zu möglichst abgerundeten Leistungen anzufeuern. Fritz Kerzmann spielte den Grafen Almaviva mit viel Glück; stimmlich kam er sehr vorteilhaft zur Geltung, besonders im 3. Akt bei Ausführung der großen und schwierigen Soloszene. Die Gräfin repräsentierte Dina Mahlendorff in vornehmer Weise; Noblesse des Tones und Wärme des Ausdrucks vereinigten sich zu schöner Wirkung. Elisabeth Schwarz zeigte als Susanne, daß sie künstlerisch immer mehr reift. Gewandtes Spiel, musikalische Zuverlässigkeit und schöne Tongebung ergänzten sich zu einem fesselnden Gesamtbild der gräflichen Kammerjungfer. Eine hübsche und trefflich ausgearbeitete Leistung bot Anna Engbardt mit ihrem Pagen Cherubin. Für den leichtfüßigen, schlauen, geschickt die Fäden der Intrige spinnenden Figaro eignet sich August Roesler darstellerisch recht gut. Gesanglich konnte man der Tiefe mehr Fülle und der Höhe mehr Festigkeit des Tones wünschen. Mit dem hämischen, schadenfrohen Basilio fand sich Adalbert Lieban besonders in schauspielerischer Beziehung bestens ab. Auch Signe Becker tat als alte Kokette Marzelline, was in ihren Kräften stand. Ein niedliches Bärbchen war Margarete Dorp, ihr Lied von der kleinen Nadel sang sie recht nett. Die kleinen Partien des Dr. Bertolo, Don Curzio und des Antonio vertraten Karl Kruthoffer, Michael Runkel und Alex Trott in angemessener Weise. Der Schwerpunkt der Aufführung lag im Zusammenspiel und dem guten Geist des ganzen. Das Orchester begleitete in leichtbeschwingter und doch akzentreicher Weise. Somit konnte ein einheitlicher Gesamteindruck zustande kommen. Die Aufführung war gut besucht und der Beifall nach jeder Gesangsnummer sehr stark. —ch.

Allerlei.

Ueberschwemmungskatastrophe in Holland.

Eine schwere Sturmflut hat in ganz Holland großen Schaden angerichtet. Der Zuiderseedamm bei Katwoude und Monnikendam ist durchgebrochen, der Zuidpolder überschwemmt. Menschen und Vieh flüchteten nach Edam. Viel Vieh ist ertrunken. Volendam steht unter Wasser und ist isoliert. Monnikendam und ein Teil der Insel Marken sind ganz unter Wasser. Es besteht die Gefahr, daß ein großer Teil Nordhollands überschwemmt wird. Militär wurde aufgeboten. Auch aus anderen Teilen des Landes kommen beunruhigende Berichte. Der Wasserstand ist seit 1889 nicht so hoch gewesen. Auf der Insel Marken wurde infolge des Hochwassers und des herrschenden Sturmes fast die ganze Fischerflotte vernichtet. 16 Menschen, darunter sieben Kinder, sind in den Fluten umgekommen. — Der Schaden, der infolge der plötzlich hereinbrechenden Wassersnot angerichtet worden ist, dürfte viele Millionen Gulden betragen. Die Ueberschwemmung, die unmittelbar bei Amsterdam beginnt, reicht im Norden bis in die Gegend von Edam und breitet sich nach Westen bis nach Purmerend aus. Das überflutete Gebiet bietet einen trostlosen Anblick, nur einige Dämme, Bauernhöfe, Kirchen und Windmühlen ragen aus den vom Sturm gepeitschten trüben Wassermassen empor. Die Landwirtschaft und ein bedeutender Teil der Fischerei des Zuidersees ist auf lange Zeit hinaus lahmgelegt.

Ueberschwemmungen auch in Irland. In Kings County in Irland ist das Wasser des großen Kanals über die Ufer getreten. Mehrere Ortschaften sind von der Umwelt abgeschnitten. Es wurde viel Schaden an Vieh und Feldern angerichtet. Unter der Bevölkerung herrscht großes Elend.

Eine norwegische Stadt durch Feuer zerstört.

Ein großer Brand hat in der norwegischen Stadt Bergen gewütet. Das Feuer entstand Sonnabend abend und wütete bis Sonntag morgen. Es verbreitete sich infolge des starken Nordwindes schnell. Hauptsächlich das Geschäftsviertel wurde vom Brande betroffen. Die meisten Kolonialwarenlager sind verbrannt. Zwanzig Häuservierecke sind niedergebrannt. Viele tausend Menschen sind obdachlos. Um Mitternacht waren das Telephonamt, die Elektrizitätswerke, die Schulen, das Museum, fast alle Hotels und Zeitungsgebäude und die größten Warenhäuser niedergebrannt. Alles in allem sollen 1000 Gebäude vernichtet sein. Gegen Morgen war das Feuer zum Stehen gebracht. Der Schaden wird vorläufig auf 50 Millionen Kronen geschätzt. Der Brand ist der größte, der jemals Norwegen heimsuchte. Man befürchtet, daß das Unglück von Bergen das Geschäftsleben ganz Norwegens lahmlegen werde, da Bergen in weit höherem Maße als Christiania Einfuhrhafen für Norwegens Versorgung sei.

Zehn Kinder durch eine Fliegerbombe getötet.

In einer dem Flugplatz bei Köln benachbarten Kiesgrube fanden Kinder eine nichtexplodierte Fliegerbombe. Der Posten rief aus einiger Entfernung den Kindern zu, den Gegenstand liegen zu lassen. Ein Knabe schleuderte nun das Geschoß in Richtung auf den Posten fort, wobei es explodierte. Von den in der Nähe sich befindlichen zwölf Kindern wurden zehn tödlich verletzt; drei Kinder aus einer Familie sind tot. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Bombe seit Monaten in der Grube gelegen haben muß, da sie einem alten Modell angehört.

Selbstmord eines Dresdener Untersuchungsrichters. Wenige Tage nach dem Selbstmord des Dresdener Rechtsanwalts Dr. Vetter erregte ein neuer Selbstmord innerhalb der Dresdener Juristenkreise großes Aufsehen. Freitag vormittag wurde in der Dresdener Heide der Landgerichtsrat Dr. Karl Wilhelm Meyer tot aufgefunden. Er hatte sich an einem Baume erhängt. Dr. Meyer war Untersuchungsrichter beim Dresdener Landgericht und ein sehr bekannter Jurist. Er soll die Tat wegen eines Nervenleidens begangen haben.

Verantwortlich für: Politik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Boe; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Hertzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Die Tabakarbeiter-Genossenschaft, Stuttgart, empfiehlt jedem Raucher ihre vorzüglichen, in Qualität unübertroffenen

„TAG"-ZIGARETTEN à 2 bis 7 Pfennig (Trust- und schleuderfrei.)

Vertreter: Oskar Kleine, Magdeburg, Fasslochsberg 9. Fernsprecher 2406.

*1132

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160117-11/fragment/page=0006